



Ausschuss für Schule und Bildung

25. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

7. Juni 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:29 Uhr

12:51 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, den bisherigen Tagesordnungspunkt 14 „Konsequenzen aus den Abiturprüfungen“ in Verbindung mit „Konsequenzen aus dem Download-Problem bei Abiturklausuren und aus der IT-Schwachstellenanalyse bei der QUA-LiS“ als Tagesordnungspunkt 3 zu beraten.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, mit dem nichtöffentlichen Teil um 12:30 Uhr zu beginnen.

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und AfD den Antrag der SPD-Fraktion ab, den bisherigen Tagesordnungspunkt 24 „Erschütternde Ergebnisse der IGLU-Studie und des IQB-Bildungstrends – Wo bleibt ein Gesamtkonzept zur Ver-

¹ nichtöffentlicher Teil siehe nöAPr 18/42

besserung der Basiskompetenzen unserer Schülerinnen und Schüler?“ als neuen Tagesordnungspunkt 7 zu beraten.

1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von Franziska Müller-Rech [FDP] [s. Anlage 1]) **10**

2 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) **16**

3 Konsequenzen aus den Abiturprüfungen (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) **25**

In Verbindung mit:

Konsequenzen aus dem Download-Problem bei Abiturklausuren und aus der IT-Schwachstellenanalyse bei der QUA-LiS (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

4 Chancengleichheit für Kinder mit Lese-Rechtschreibstörung & Rechenschwäche **39**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4357

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Verfahren unter den Obleuten zu besprechen.

- 5 Die Kooperation zwischen Ganztagschulen und Sportvereinen verbindlich gestalten, Potentiale ausschöpfen! 40**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4342
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.
- 6 Grenzüberschreitende Kooperationen Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden und Belgien auf den Gebieten Bildung und Kultur intensivieren und so den europäischen Zusammenhalt weiter stärken 41**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4371
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.
- 7 COPSOQ I + COPSOQ II – alarmierende Ergebnisse bei der Erhebung der psychosozialen Belastungszustände der Lehrkräfte in NRW. Was tut die Landesregierung, um endlich wirksame Maßnahmen gegen die psychosoziale Überbelastung der Lehrkräfte einzuleiten? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) 42**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1132
- Wortbeiträge
- 8 Schaffung von Ausbildungsplätzen für Sozial- und Erziehungsberufe (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]) 44**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1158
- Wortbeiträge

- 9 Aktueller Sachstand Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **46**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1189
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 10 Lehrkräftearbeitszeitmodell der Telekom-Stiftung** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **49**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1253 (Neudruck)
- Wortbeiträge
- 11 Sachstand Prävention von Messerattacken an Schulen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 7]*) **50**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1262
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen unter den Obleuten zu besprechen.
- 14 Sachstand Studienplätze Grundschullehramt für die Region Aachen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 8]*) **51**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1259
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

- 15 KI-Algorithmen im Informatikunterricht** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 9]*) **52**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1254
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen unter den Obleuten zu besprechen.
- 16 Berücksichtigung von Overheadkosten in OGS** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10]*) **53**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1260
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.
- 17 Wie geht es mit dem EDV-Führerschein weiter?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 11]*) **54**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1255
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.
- 18 ‚Demokratie für mich‘ – Welche Möglichkeiten zur Fortführung gibt es?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 12]*) **55**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1258
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

- 19 Verfahrensstand zur Reform der Lehrkräftefortbildung NRW** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **56**
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.
- 20 Aufholen nach Corona – Rückzahlungen aus dem Bund-Länder-Programm** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **57**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1329
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.
- 21 Weiterentwicklung der Prüfungskultur in der digitalen Zeit an Schulen in NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 13]*) **58**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1330
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.
- 22 Umsetzung von Schutzkonzepten an Schulen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 14]*) **59**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1327
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

- 23 MINT-Nachwuchsbarometer 2023** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 15]*) **60**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1325
- keine Wortbeiträge
- 24 Befragung „Schule im Brennpunkt 2023“** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 16]*) **61**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1328
- keine Wortbeiträge
- 25 „Tutoring for all“ – analog-digitale Tutor-Programme zur Leseförderung** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 17]*) **62**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1326
- keine Wortbeiträge
- 26 Erschütternde Ergebnisse der IGLU-Studie und des IQB-Bildungstrends – Wo bleibt ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Basiskompetenzen unserer Schülerinnen und Schüler?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion*) **63**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1285
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

27 Digitale Endgeräte für Lehrkräfte – Was wurde aus der Ausstattungsoffensive? (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage18]*) **64**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

28 Vorstellung Homepage Lehren und Lernen in der digitalen Welt (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **65**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

29 Verschiedenes **67**

– keine Wortbeiträge

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, den bisherigen Tagesordnungspunkt 14 „Konsequenzen aus den Abiturprüfungen“ in Verbindung mit „Konsequenzen aus dem Download-Problem bei Abiturklausuren und aus der IT-Schwachstellenanalyse bei der QUA-LiS“ als Tagesordnungspunkt 3 zu beraten.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, mit dem nichtöffentlichen Teil um 12:30 Uhr zu beginnen.

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und AfD den Antrag der SPD-Fraktion ab, den bisherigen Tagesordnungspunkt 24 „Erschütternde Ergebnisse der IGLU-Studie und des IQB-Bildungstrends – Wo bleibt ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Basiskompetenzen unserer Schülerinnen und Schüler?“ als neuen Tagesordnungspunkt 7 zu beraten.

1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von Franziska Müller-Rech [FDP] [s. Anlage 1])

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Die mediale Berichterstattung der vergangenen Tage hat deutlich gemacht, dass die im April 2023 aufgedeckte Schwachstelle im IT-System der QUA-LiS zwischenzeitlich mit alltäglichen Prozessen auf Arbeitsebene innerhalb des Landesinstituts vermengt wird. Daher nutze ich gerne die Gelegenheit, in der heutigen Ausschusssitzung ein offensichtlich entstandenes Missverständnis auszuräumen.

Auslöser der Berichterstattung von letztem Sonntag war ein internes Schreiben der QUA-LiS an das Ministerium vom September 2022, in dem auf die Notwendigkeit der Weiterentwicklung einzelner Internetseiten der QUA-LiS hingewiesen wird. Zur Begründung des neuen Webauftritts soll ein neues System aufgebaut werden, das insbesondere rechtskonform und technisch sicher ist sowie den Anforderungen an die Datensicherheit entspricht.

Dieses Schreiben ist jedoch keine Problemanzeige zu einer IT-Schwachstelle oder einer akuten Sicherheitslücke, sondern die Begründung für die Anmeldung von Haushaltsmitteln für den Relaunch der Internetseiten. Hintergrund ist, dass die Internetseiten der QUA-LiS zwischenzeitlich in die Jahre gekommen sind. Sie enthalten nicht nur eine gewachsene und dadurch mittlerweile unübersichtliche und wenig nutzerfreundliche Struktur, sondern entsprechen auch sowohl im Design als auch in der Zielgruppenorientierung nicht mehr den modernen Anforderungen an Internetseiten.

Das von der QUA-LiS für die Erstellung und den Betrieb der Internetseite aktuell verwendete Redaktionssystem wird zwar nicht mehr weiterentwickelt, befindet sich aber auf dem letzten Stand der verfügbaren Updates. Es sind – Stand heute – keine Risiken bekannt, die von Hackern ausgenutzt werden könnten. Mit Blick auf den Datenschutz bestand auch aus Sicht der QUA-LiS zu keinem Zeitpunkt ein akuter Handlungsbedarf. Mit dem Relaunch der Internetseiten sollen die rechtlichen Anforderungen an den Datenschutz vollumfänglich erfüllt werden, was sich inhaltlich jedoch nicht auf personenbezogene Daten bezieht, sondern im Wesentlichen auf die zukünftige Nutzung eines sogenannten Cookiebanners, welches im aktuell verwendeten Redaktionssystem nicht unterstützt wird.

Wichtig dabei ist: Hierbei handelt es sich ausschließlich um die Internetseiten der QUA-LiS und nicht um Webanwendungen. Der Unterschied zwischen beiden Systemen ist die Nutzbarkeit. Während Internetseiten von den Besuchern lediglich eingesehen werden können, dienen Webanwendungen der Nutzung für Arbeitsprozesse. Es können über Internetseiten keine personenbezogenen Daten abgerufen werden. Der Relaunch der Internetseiten ist damit völlig unabhängig von den kürzlich aufgedeckten Schwachstellen in den Webanwendungen der QUA-LiS und den Problemen beim Abiturdownload. Wenn jetzt der Eindruck erweckt wird, die QUA-LiS hätte das Ministerium in einem Schreiben vom September 2022 schon frühzeitig auf die Ende April 2023 zutage getretenen Schwachstellen hingewiesen, ist das schlichtweg falsch.

MDgt Christoph Gusovius (MSB): Auch die Internetseiten des Schulministeriums sind seit 2020 auf ein modernes Redaktionssystem umgestellt worden. Nunmehr steht der gleiche Prozess auch für die QUA-LiS an. Hierzu wurde im vergangenen Jahr innerhalb der QUA-LiS bereits eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich intensiv mit den Anforderungen an die zukünftigen Internetseiten auseinandergesetzt hat. Wer einen solchen Relaunch schon einmal begleitet hat, weiß, dass es sich dabei um einen umfangreichen Prozess handelt, der von der Analyse über die Konzeption bis hin zur eigentlichen Umsetzung zwischen eineinhalb und zwei Jahren dauert.

Da ein solch umfangreicher Prozess nicht mit alleinigen Ressourcen der QUA-LiS bewerkstelligt werden konnte, hat die QUA-LiS im April vergangenen Jahres Haushaltsmittel für die Beauftragung eines externen Unternehmens angemeldet, um dann tatsächlich Programmierungsarbeiten durchführen zu können, nachdem Analyse und Konzeption erstellt worden sind. In der knappen Begründung für die Anmeldung für den Haushalt 2023 heißt es wörtlich – ich zitiere –: Entwicklung eines komplett neuen Webauftritts für die QUA-LiS NRW mit externer Begleitung und Umsetzung zur konzeptionellen Entwicklung einer neuen zielgruppenadäquaten Struktur mit aktuellen technischen Voraussetzungen inklusive eines Corporate Designs, der tatsächlichen Umsetzung sowie die spätere Betreuung, soweit sie nicht in der QUA-LiS selbst geleistet werden kann. – Zitatende.

In den auf Arbeitsebene geführten Haushaltsgesprächen mit dem Finanzministerium hat sich diese knappe Begründung als für das Finanzministerium nicht ausreichend dargestellt, um zusätzliche Mittel bereitzustellen. Um das Anliegen in weiteren Gesprächen mit dem Finanzministerium noch besser unterstützen zu können, hat das zuständige Haushaltsreferat des Ministeriums im September letzten Jahres die QUA-LiS gebeten, weitergehende zusätzliche Argumente für das Erfordernis des Relaunchs zu liefern.

Die Antwort der QUA-LiS an das Haushaltsreferat ist eben jenes interne Schreiben vom 13. September 2022, das nun seinen Weg in die Medien gefunden hat. Es beschreibt ausführlich die oben dargestellten Gründe und endet mit dem Hinweis, dass eine Weiterentwicklung der Internetseiten dringend erforderlich ist – mit Blick auf die gewöhnliche Dauer eines Haushaltsanmeldeverfahrens eine völlig nachvollziehbare und unterstützenswerte Formulierung.

Zwischenzeitlich haben Gespräche und Beratung einzelner Referate des Schulministeriums mit der QUA-LiS hinsichtlich des Designs und des konkreten Redaktionssystems stattgefunden. Im November letzten Jahres hat sich dann die QUA-LiS mit einem weiteren Schreiben an die IT-Gruppe des Ministeriums gewandt, um über den aktuellen Stand zu informieren. Der Inhalt entspricht im Wesentlichen dem Schreiben an das Haushaltsreferat vom September 2023; gern geben wir dieses Schreiben im Anschluss auch zu Protokoll.

Die QUA-LiS bittet in dem Schreiben außerdem um eine Entscheidung, ob eine einzelne Internetseite, die dem MSB im Moment zugeordnet war, ebenfalls mit in den Relaunch einbezogen werden soll. In der Antwort des MSB vom 13.12.2022 wird empfohlen, die Seite in den Relaunch einzubeziehen und alle weiteren Schritte sodann mit den pädagogischen Fachabteilungen abzustimmen. Entsprechend diesem Vortrag gab es auch

keinen Anlass für die Beschäftigten des Ministeriums, die Hausleitung über die beiden nun bekannt gewordenen Schreiben zu informieren.

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Aus diesen Abläufen wird sehr deutlich, dass der Relaunch der Internetseiten der QUA-LiS einen normalen Modernisierungsprozess darstellt, der von den im April aufgedeckten Schwachstellen in den Webanwendungen – das ist wichtig – der QUA-LiS völlig unabhängig ist. Dass die Internetseiten keinen akuten Handlungsbedarf auslösen, konnte auch das Unternehmen Ernst & Young bestätigen, das wir im April für die Analyse und Überprüfung der IT-Infrastruktur der QUA-LiS beauftragt haben; dazu kommen wir später noch unter TOP 1. Im Verlauf der Prüfung hat das Unternehmen auch ermittelt, dass eine veraltete Version des Redaktionssystems zwar verwendet wird, dass jedoch derzeit keine Schwachstellen der verwendeten Version öffentlich bekannt sind.

Ich gehe – Stand heute – davon aus, dass die Haushaltsmittel für den Relaunch mit dem Haushalt 2024 zur Verfügung gestellt werden können und so die laufenden vorbereitenden Arbeiten gegebenenfalls unter Inanspruchnahme externer Dritter weiter umgesetzt werden können. Bei der Umsetzung des Prozesses wird die QUA-LiS auch weiterhin durch das Ministerium unterstützt.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank für die Einführung. – Bevor es nun in die Fragerunde geht, darf ich noch einmal technisch darauf hinweisen, dass wir jetzt erst mal im Verfahren der Dringlichen Frage sind. Sie kennen die Spielregeln auch aus der Fragestunde im Plenum, dass wir uns also jetzt im ersten Schritt auf Fragen Ihrerseits konzentrieren und sodann die Aktuelle Viertelstunde aufrufen, wo Sie dann natürlich auch die Möglichkeit haben für persönliche Stellungnahmen und Bewertungen. Deswegen jetzt die Möglichkeit für Fragen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Meine erste Nachfrage bezieht sich auf die Kommunikation der Hausspitze mit Herrn Käuser, dem Leiter der QUA-LiS. Könnten Sie uns bitte einmal darlegen, in welchen Abständen und in welchen Runden Herr Käuser anwesend ist und wie dort die Rücksprache stattgefunden hat, wie die Kommunikation der Hausspitze des MSB mit der QUA-LiS in den letzten Monaten ablief?

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Meinen Sie generell oder zu bestimmten Themen? – Sie meinen generell, wie das Verfahren mit dem Austausch QUA-LiS usw. Das können wir gerne machen. Als Herr Mauer und ich das Haus übernommen haben, sind wir im Sommer bei der QUA-LiS gewesen, haben mit den Abteilungsleitungen und Herrn Käuser Gespräche geführt, in denen die Abteilungsleitungen auch die Gelegenheit hatten und sie auch genutzt haben, über aktuell anstehende Themen zu sprechen und uns die auch vorzustellen. Herr Käuser hat monatlich einen Jour fixe mit Herrn Staatssekretär Mauer. Daneben finden natürlich noch viele Austausch Gespräche mit Herrn Gusovius und mit Herrn Bals auf verschiedenen Ebenen im Haus statt.

Franziska Müller-Rech (FDP): Frau Ministerin, welchen Grund hat es dafür gegeben, dass Herr Käuser im Gegensatz zur vorherigen Periode nicht mehr an den Runden der Abteilungsleiter des MSB teilgenommen hat?

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Sehr geehrte Abgeordnete, erstens ist der Käuser kein Abteilungsleiter des Hauses, sondern Leiter einer nachgeordneten Behörde des Ministeriums, und zweitens haben wir die Abteilungsleiterrunde so neu konzipiert, dass sie ein wichtiges hausinternes Beratungs- und Entscheidungsgremium des MSB ist. Weil Herr Käuser an dieser Runde in Absprache mit allen Abteilungsleitern nicht mehr regelmäßig teilnimmt, ist stattdessen ein regelmäßiger Jour fixe mit Herrn Staatssekretär eingeführt worden.

Dilek Engin (SPD): Auf welchen der in Frage stehenden Internetadressen gab es eine Verlinkung zum BSCW-Server mit dem Datenleck?

MDgt Christoph Gusovius (MSB): Auf keiner Seite. Das waren physisch getrennte Server – außer Sie belehren mich jetzt eines Besseren. Soweit ich es weiß, gab es keine Verlinkung. Ich will es so sagen: Soweit mir bekannt ist, gab es keine Verlinkung.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrte Frau Ministerin, wir wissen es als Ausschuss sehr zu schätzen, weil es wirklich unsere Arbeit erleichtert, dass Sie auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem MSB mit zu den Sitzungen bringen. Das ist wirklich eine Bereicherung für den Ausschuss, und dafür sind wir sehr dankbar. Ich möchte aber von Ihnen wissen, warum Sie gerade zur QUA-LiS kein einziges Mal Herrn Käuser mitgebracht haben.

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Weil zu allererst das Ministerium in der Pflicht ist, Ihre Fragen hier im Ausschuss zu behandeln. Herr Käuser hätte heute gerne dabei sein können, aber Herr Käuser ist zurzeit krank.

Frank Müller (SPD): Ich würde noch mal nachhaken bei der Frage nach Verlinkungen. Ich habe ja immer so einen Ansatz, dass ich mich aus einer Nutzerperspektive dahin wende, und wir heute natürlich nicht mehr in der Lage sind nachzuvollziehen, wie die Seite damals ausgesehen hat; das ist jetzt wahrscheinlich unser gemeinsames Problem. Naiverweise gehe ich davon aus, dass Sie, wenn Sie bestimmte Angebote, die QUA-LiS ja unterbreiten für Lehrerinnen und Lehrer, natürlich auch auf so einer Webseite verlinken und dann auch entsprechend auf mögliche Server weiterführen, wo entsprechende Unterlagen hinterlegt sind. Sie haben jetzt noch mal gesagt, das sei nicht so gewesen, es hat keine Weiterleitungen gegeben, haben dann aber auch eingeschränkt: soweit Ihnen bekannt ist. – Ist das noch mal Gegenstand der Überprüfung gewesen, oder würden Sie das nachvollziehen können, wie die damalige ausgesehen hat?

Vorsitzender Florian Braun: Ich habe mit gutem Zutun eine Frage herausgehört und bitte um Beantwortung.

MDgt Christoph Gusovius (MSB): Das Internetangebot der QUA-LiS ist ein Informationsangebot. Das sind Seiten, auf denen Informationen zur Verfügung gestellt werden. Auf diesen Seiten gibt es auch keine Inhalte, bei denen man sich einloggen kann oder sonst irgendwas, sondern dann muss man sich auf Webanwendungen anmelden mit seinem Nutzerkonto usw. Das sind diese berühmten Services, die vom Netz gegangen sind, über die wir ja auch in der Vergangenheit häufig gesprochen haben. Die Internetseite der QUA-LiS ist ja auch nach wie vor online; man kann sich auch weiterhin dort informieren. Daher gibt es kein Thema über eine Verlinkung, dass man sozusagen auf diesen BSCW-Server käme. Das sind statische Seiten, bei denen man Informationen abrufen kann, also über die QUA-LiS, Angebote und sonstige Informationen.

Carlo Clemens (AfD): Ich bedanke mich für den Bericht der Ministerin und des Ministeriums. Sie sagten eben im Bericht, Sie haben Ernst & Young beauftragt. Sie sagen, dass die nicht festgestellt haben, dass es beim Redaktionssystem der QUA-LiS CONTENIDO irgendwelche veralteten, nicht geupdateten Versionen gab, also keinerlei IT-Sicherheitsbedenken. Das widerspricht der Medienberichterstattung. Da möchte ich nachfragen, was die regelmäßigen Sicherheitstests angeht, die sogenannten Penetrationstests: Fanden diese statt? War die Berichterstattung in den letzten Tagen dahingehend wahrheitswidrig? Könnten Sie hierzu noch mal was sagen?

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Ich habe das so nicht gesagt; da bitte ich schon, jetzt genau hinzuhören, was ich sage, und mir nicht hinterher wieder etwas zu unterstellen, was ich nicht gesagt habe. Ich habe gesagt: Das Managementsystem, das die QUA-LiS verwendet, hat Ende 2021 mitgeteilt, dass es keine Updates mehr fährt. Das ist üblich; das kann passieren bei diesen Open-Source-Angeboten. Dann ist die QUA-LiS hingegangen – auch völlig richtig – und hat gesagt: Dann müssen wir uns jetzt Gedanken machen, wie wir unser Internet demnächst mit einem neuen Managementsystem versehen. In dem Zusammenhang machen wir uns auch Gedanken, wie wir das Internet moderner in einem anderen Design aufstellen können. Ernst & Young hatte den Auftrag, sich die Webanwendung anzuschauen; dazu kommen wir ja gleich auch noch. Sie haben sich aber auch die Internetseite angeschaut und gesagt: Das Redaktionssystem, was ich gerade gesagt habe, das Managementsystem ist veraltet, aber es gibt zurzeit keine Hinweise auf eine Sicherheitslücke.

Frank Müller (SPD): Ich möchte noch mal auf die Verlinkung zum BSCW-Server und die Fragestellung eingehen: Hat es Verlinkungen gegeben? Es gibt Internetangebote, die nennen sich unter anderem Wayback-Machines. Da werden Images von Internetseiten gespeichert, und dann kann man das in der History abrufen. Ich habe das mal für den 3. März 2022 getan. Dann kommt man dann auf die Seite von QUA-LiS NRW. Dann gibt es unten eine Verlinkung BSCW-Server, die Kooperationsplattform für Kommissionen und Arbeitsgruppen der QUA-LiS NRW. Wenn man darauf klickt, kommt

man auf ein Anmeldefenster: Melden Sie sich mit Ihrem Benutzernamen und Passwort an, um auf Ihre Arbeitsbereiche zuzugreifen. – Würden Sie an der gerade dargestellten Darstellung festhalten, dass es keinerlei Verlinkung auf BSCW-Server von der QUA-LiS-Seite gegeben hätte?

MDgt Christoph Gusovius (MSB): Herr Abgeordneter Müller, wir müssen erneut zwei Dinge auseinanderhalten aus meiner Sicht. Ich werde versuchen, es zu erklären; vielleicht gelingt es mir. Das eine ist die Internetseite der QUA-LiS; das ist eine Landingpage. Wenn Sie sich dann irgendwo anmelden, werden Sie auf einen ganz anderen Server geführt; Sie haben es gerade selber aufgeführt. Sie werden dann auf den BSCW-Server geführt, weg von der Internetseite der QUA-LiS zu dem Webanwendungsserver. Auf diesem, der ja auch inkriminiert war, konnten Sie sich anmelden.

Das hat nichts mit den Internetseiten der QUA-LiS zu tun. Auf den Internetseiten der QUA-LiS können Sie natürlich ... Irgendwie müssen Sie ja auf die ... Jetzt habe ich auch, glaube ich, verstanden, was Sie mit „Verlinkung“ meinen. Sie müssen ja irgendwie auf die Angebote kommen. Das bekommen Sie natürlich, wenn Sie auf einer Internetseite sind, aber dann müssen Sie sich natürlich auf einem anderen Server anmelden. Das haben Sie ja gerade gesagt: Sie müssen sich anmelden. Das hat nichts mit den Internetseiten der QUA-LiS zu tun. Wir können das gerne noch mal nachliefern. Wir können, wenn Sie uns das zur Verfügung stellen würden, Ihnen das technisch aufbereiten und Ihnen natürlich auch noch mal ganz dezidiert diese Antwort geben. Ich wäre dankbar, wenn wir das bekämen; dann würden wir das noch mal genauso, wie ich es Ihnen gerade dargestellt habe, aufbereiten.

(Frank Müller [SPD]: Die Fragen von Frau Engin waren sehr einfach zu verstehen!)

2 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

Dilek Engin (SPD): Die Berichterstattung bei „Westpol“ am vergangenen Sonntag hat uns Anlass gegeben, diese Aktuelle Viertelstunde zu beantragen. Zunächst einmal muss ich sagen, Frau Feller: Ihre Kommunikation ist wieder einmal verheerend. Wir mussten mit Erstaunen feststellen, dass Sie, Frau Feller, und die Zuständigen im Ministerium offenbar nicht von jetzt auf gleich anlässlich der weitreichenden Probleme beim Download der Abituraufgaben erst im April von IT-Schwachstellen bei der QUA-LiS NRW überrascht wurden. Vielmehr hat der Leiter des Instituts bereits im September letzten Jahres, folgt man dem „Westpol“-Bericht, auf mögliche Schwachstellen hinsichtlich der Funktionalität des Webangebots von QUA-LiS hingewiesen. Das Institut hat ganz klar einen eindeutigen Hilferuf an das Ministerium gesandt und um Unterstützung vonseiten der Dienst- und Fachaufsicht des Ministeriums zur Behebung eben dieser Mängel gebeten.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich! Das hat sie doch gerade gesagt!)

Das Ministerium und Sie, Frau Feller, versuchten allerdings permanent, den Eindruck zu erwecken, dass man erst sehr kurzfristig, eben am Tag der Abiturpanne, von Problemen erfahren habe. Es habe sich um ein gänzlich neues Problem gehandelt. Man wird den Eindruck nicht los, als soll hier etwas vertuscht werden, allen Beschwichtigungsversuchen zum Trotz.

(Widerspruch von der CDU)

Frau Feller, wie passt das zusammen? In der Fragestunde im Plenum am 3. Mai haben Sie noch gesagt – ich zitiere –:

„Ich habe darauf hingewiesen, dass ich den ersten Hinweis im Laufe des Donnerstags, dem 20. April, erhalten habe mit der Aussage: Es gab eine Schwachstelle.“

Ich zitiere weiter:

„Am Freitagabend, also am 21. April, habe ich zum ersten Mal den Hinweis bekommen, dass über diese Schwachstelle auch personenbezogene Daten hätten ausgelesen werden können. Ich habe dringend um weitere Aufklärung gebeten.

Am Montag haben wir um weitere Aufklärung gebeten. [...] Im Laufe des Montags habe ich aber den Eindruck gewonnen, dass QUA-LiS mit der Aufarbeitung überfordert sein könnte, sodass ich gesagt habe: Wir müssen QUA-LiS [...] einen externen IT-Dienstleister [...] zur Seite stellen.“

Wieso haben Sie uns im Mai dann nicht über diese beiden Schreiben informiert? Sie sagen jetzt: weil die mit dem Vorfall nichts zu tun hatten. – Ich sage aber: Wenn Sie solche Schreiben erhalten, Frau Ministerin, hätten Sie hellhörig werden müssen, erst recht, als die IT-Schwachstelle bekannt geworden ist. Dann hätten Sie sich erinnern müssen: Da gab es diese beiden Schreiben. Das müssen wir transparent machen bzw. auch Ihr Haus. Ich hätte erwartet, dass Sie sagen: Es gab da im vergangenen Jahr

Problemanzeigen wegen verschiedener Internetadressen. Wir sind dem aber nicht nachgegangen. Dann hätten wir darüber diskutieren können, ob das ein Fehler war. Jetzt aber wissen wir: Das war ein Fehler, denn jetzt wissen wir, dass Sie keinerlei Problembewusstsein in dieser Sache hatten und haben.

Wenn Sie auf diese zwei Schreiben schon nicht reagiert haben, worauf reagieren Sie dann? Gab es auch andere Hinweise, die Sie ignoriert haben? Unser Vertrauen – ganz ehrlich, Frau Feller – ist nicht mehr so groß. Vor allem: Wer sagt denn, dass Sie der Sache nicht auf die Spur gekommen wären, wenn Sie die Schreiben ernst genommen hätten? Dann hätten Sie ja auch realisieren können, dass das gesamte System betroffen ist. Wären Sie der Spur gefolgt, wären Sie automatisch auf das Problem gestoßen. Dann hätten Sie sich nicht von der Schwachstelle überraschen lassen müssen, aber das war Ihnen anscheinend völlig egal.

Spätestens mit der Überprüfung von Ernst & Young, bei der Sie ja auch erzählt haben, wie groß das Ganze aufgebaut wurde, hätten Sie von den Problemen und auch von diesen Schreiben, von diesem Hilfes Schreiben erfahren müssen. Dann hätten Sie uns auch informieren müssen.

(Ministerin Dorothee Feller [MSB]: Habe ich doch!)

Davon können Sie auch nicht ablenken. Wissen Sie, Frau Feller: Das hat auch grundsätzlich mit Ihrer Glaubwürdigkeit zu tun, mit der Politik, die Sie ausüben. Offenbar wenden auch Sie die Salomitaktik an: nur das zugeben, was unvermeidlich ist und die Medien ans Tageslicht gezerrt haben. – Das ist kein guter Stil. Wenn Sie es ehrlich mit einer transparenten Aufklärung der Vorgänge meinen, beantworten Sie doch bitte folgende Fragen: Auf welchem Weg sind die Lehrkräfte in der Regel auf den Datenaustauschserver gekommen? Haben sie dazu den Weg über die in den Schreiben genannten Internetadressen genommen? Die Antwort war nicht ausreichend.

Welche Schreiben hat QUA-LiS seit September 2022 bis heute noch an das Ministerium gesandt? Gibt es Aufstellungen über Problemanzeigen und Sachstandsberichte, die vor bzw. nach Bekanntwerden der Schwachstelle an das Ministerium gesandt wurden? Wie hat der kommunikative Austausch zwischen den Referaten 131, 132 und 133 bzw. der IT-Abteilung des MSB und den IT-Verantwortlichen von QUA-LiS stattgefunden, bzw. wie findet dieser statt? Gibt es dazu regelmäßige Runden, eventuell gar mit der Hausspitze?

Gab es eine Nutzungsvereinbarung für den abgeschalteten Server, und was steht darin? Trifft es zu, dass der BSCW-Server von Lehrkräften nicht zur Datenablage genutzt werden durfte, weil seine Sicherheitsstrukturen den Vorgaben des Landes nicht genügten? Wenn dem so ist: Warum haben Sie nicht längst dafür gesorgt, dass die Sicherheitsstrukturen den Vorgaben des Landes angepasst wurden? Gab es Anleitungen oder dergleichen für die Mitarbeiter*innen von QUA-LiS, wie mit dem BSCW-Server umzugehen ist? Wann wurden diese zuletzt überarbeitet? Ist es zutreffend, dass es zwischen dem MSB und der QUA-LiS einen Shared Service für das IT-System gab, und bis wann bestand dieser? Ist es zutreffend, dass in der Vergangenheit der ehemalige Leiter von QUA-LiS an den Leitungsrunden im MSB teilgenommen hat und der aktuelle Leiter der QUA-LiS von diesen Runden ausgeschlossen wurde?

(Zuruf von der CDU: Das ist doch alles beantwortet! Hören Sie denn gar nicht zu? – Kirsten Stich [SPD]: Ach reg dich nicht darüber auf! – Zuruf von der CDU: Das ist doch peinlich!)

Der zweite Brief soll namentlich auch an den Leiter der IT-Abteilung adressiert gewesen sein. Was haben Sie denn nach diesem zweiten Schreiben veranlasst? Haben Sie irgendetwas danach für nötig gehalten, oder haben Sie nur gelesen, gelacht und abgeheftet?

(Widerspruch von Ministerin Dorothee Feller [MSB])

Was mich dabei irritiert: Noch auf unsere Rückfrage vor wenigen Wochen, ob es denn Haushaltsanmeldungen oder dergleichen gegeben hat, haben Sie es klar verneint, und jetzt gibt es diese Briefe. Daher fragen wir uns natürlich: Was gibt es da noch? Daher erwarten wir von Ihnen, dass Sie uns alle Informationen rund um das Datenleck so zur Verfügung stellen, dass wir sie selber auswerten können. Wir wollen uns ein eigenes Bild von der Sachlage machen können. In den letzten Wochen haben wir immer nur tröpfchenweise Details bekommen, bzw. sind tröpfchenweise Details ans Licht gekommen. Mit offener Transparenz hat das wenig zu tun.

Frau Heller, eins möchte ich jetzt einfach mal klarstellen: Wir sind wirklich fassungslos.

(Ministerin Dorothee Feller [MSB]: Ich auch! – Zurufe von der CDU)

Entweder haben Sie uns in diesem Fall komplett belogen, oder Sie haben Ihr Haus nicht im Griff.

(Zuruf von der CDU: Donnerwetter! Das ist ja der Hammer!)

Vorsitzender Florian Braun: Frau Kollegin, meine Damen und Herren, ich habe das in der letzten Sitzung schon einmal gesagt. Zumindest wenn es auch darum geht, die Arbeit im Hause selbst zu bewerten, die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, würde ich doch immer darum bitten, auf die Wortwahl zu achten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Bei aller inhaltlichen Kritik, die man hier diskutieren kann, würde ich vorsichtig sein, der Ministerin zu unterstellen, dass sie über deren Arbeit und Mailverkehr lacht. Das einmal an der Stelle mein freundlicher Hinweis als Vorsitzender.

(Zuruf von Dilek Engin [SPD])

Zum anderen würde ich vorschlagen, dass wir uns jetzt in der verbleibenden Zeit der Viertelstunde darauf konzentrieren, die Fragen gegebenenfalls zu diskutieren, die neu dazugekommen sind, und nicht die Fragen, die gerade eben auch schon besprochen und beantwortet wurden.

Dr. Jan Heinisch (CDU): Frau Engin, es ist immer ein Problem, wenn man Sprechzettel abliest, die zu Zeiten geschrieben wurden, wo Dinge noch nicht erklärt worden sind, die man offenbar nicht mehr aktualisiert hat, weil man die Spontaneität nicht beweist, auf die Faktenlage einzugehen. Weil Sie Vorwürfe erhoben und ein paar Punkte in den Mund genommen haben, die man so auf gar keinen Fall stehen lassen kann,

ist es mir wichtig, dass wir auf jeden Fall noch mal exakt das nachlesen können, was Sie gerade alles behauptet haben, weil wir über Ihren Sprechzettel leider nicht verfügen. Dinge wie, dass die Ministerin offenbar hier Falschbehauptungen aufgestellt hat usw., sind natürlich schon Punkte – auf die Äußerungen Ihres Fraktionsvorsitzenden wird sicherlich auch meine Kollegin, Frau Schlottmann, noch eingehen –, die an dieser Stelle natürlich auch eine Qualität erreichen, wo man sich im Zweifel – ich lege das nur schon mal auf den Tisch – schon mal die Entschuldigung hinlegen sollte für die Dinge, die man hier vorwirft, die definitiv Unwahrheiten sind. Das werden wir dann entsprechend im Protokoll noch mal nachprüfen.

Insofern wäre ich doch sehr dankbar, Frau Engin, wenn solche Sprechzettel so aktualisiert würden, dass man auch die aktuellen Fakten, die man vorgetragen bekommen hat, zur Kenntnis nimmt und in seine Rede einbaut; dann kommt das auch mit der Falschbehauptung nämlich nicht mehr. Zum anderen ist es eben ganz wichtig, dass wir ein Stück weit noch Stil und den entsprechenden Umgang miteinander wahren. Dazu gehört es eben auch, wenn man Dinge in den Raum stellt und selbst überführt wurde, dass das, was man gesagt hat, nicht wahr ist – wie gesagt, wir werden das im Protokoll nachvollziehen –, dass dann sicherlich auch das große Entschuldigungsangebot kommt, aber davon gehe ich ganz sicher aus.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Claudia Schlottmann (CDU): Ich gebe ehrlich zu, dass mich das Verhalten der SPD sehr betroffen macht, vor allen Dingen deshalb, weil Sie in regelmäßigen Abständen auf uns zukommen und um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit werben. Ich versuche jetzt mal, ein bisschen chronologische Klarheit reinzubekommen.

Das MSB hat auf Wunsch von Ihnen, Frau Engin, zu einem vertraulichen Hintergrundgespräch zur QUA-LiS eingeladen. An diesem Hintergrundgespräch haben die schulpolitischen Sprecher sowie ein Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiter und in Vertretung für Sie, Frau Engin, Herr Ott teilgenommen. Aus diesem vertraulichen Gespräch hat Ihr Fraktionsvorsitzender, meine Damen und Herren von der SPD, in WDR 5 berichtet; ich zitiere mit Erlaubnis des Vorsitzenden:

Ich muss Ihnen sagen, ich war ja in einem persönlichen Gespräch mit allen Sprechern dabei, als es um die Bewertung ging. Und da habe ich noch nachgefragt: Sagen Sie mal, in so einer Situation, gab es denn Haushaltsanmeldungen? Gab es denn irgendeinen Hinweis aus QUA-LiS, dass wir hier ein Problem haben? Das wurde dann vom Staatssekretär, der Ministerin und vom Abteilungsleiter zurückgewiesen.

Ich gehe davon aus, dass wir von diesem Gespräch reden, das mit den schulpolitischen Sprechern stattgefunden hat, denn ein weiteres Gespräch ist mir nicht bekannt. Richtig ist allerdings, dass die Frage Ihres Fraktionsvorsitzenden wie folgt lautete: Hat es Haushaltsanmeldungen gegeben, und in welcher Höhe sind IT-Mittel in QUA-LiS vorhanden? – Herr Gusovius hat darauf geantwortet, dass es immer Anmeldungen gibt und die Höhe der Mittel aus dem Haushaltsplan in Kapitel 05 077 zu finden sind. Daran erinnere ich mich genau, weil ich es mir nämlich aufgeschrieben habe, weil ich es ansonsten wieder vergesse. Das MSB hat auch gesagt, dass man die Höhe und die

einzelnen Anmeldungen nicht auswendig wisse. Daraufhin hat Ihr Fraktionsvorsitzender gesagt, dann müsse man sich den Haushalt mal ganz genau anschauen. Seine Referentin hat damals sekundiert.

Meine Damen und Herren von der SPD, in meinen Augen ist es sowieso ein absoluter Vertrauensbruch, aus einem vertraulichen Gespräch zu berichten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wenn ich demnächst aus vertraulichen Gesprächen zitiere, brauche ich keine vertraulichen Gespräche mehr. Was die ganze Sache noch schlimmer macht, ist, dass es eigentlich zwei Möglichkeiten gibt: Entweder hat Herr Ott in dem Gespräch nicht zugehört und damit den Inhalt dessen, was das MSB berichtet hat, nicht verstanden, oder aber er hat ihn verstanden und dem WDR gegenüber bewusst die Unwahrheit gesagt.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Ich stelle anheim, welche der beiden Möglichkeiten Ihnen lieber ist. Beides führt allerdings dahin, was Herr Dr. Heinisch gerade schon ausgeführt hat: Wir erwarten die Entschuldigung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich möchte mich noch einmal auf die Einführung von Frau Ministerin Feller am Anfang beziehen. Frau Ministerin, Sie hatten davon gesprochen, dass hier unterschiedliche Dinge miteinander vermennt würden. Technisch, wenn man es wirklich sehr kleinteilig betrachtet, mag das so sein, aber wenn Sie die Debatte hier bei uns im Schulausschuss, auch im Plenum, auch in der Öffentlichkeit betrachten, ging es um IT-Probleme bei der QUA-LiS. Wenn Sie sich jetzt darauf zurückziehen, dass es erst um ein Downloadproblem ging, ein isoliertes Problem, dass es dann um den BSCW-Server ging, ein isoliertes Problem, und dass es bei der Problemanzeige nur um die Internetseiten ging, also um ein drittes Problem, wird das doch insgesamt dem nicht gerecht, was hier bei der IT in der QUA-LiS passiert. Sie können doch nicht sagen: An meinem Auto brennen drei Reifen, aber der Rest fährt noch.

Es ist doch völlig klar, und zwar übrigens uns allen hier im Raum, aber auch draußen, dass es massive IT-Probleme bei der QUA-LiS gibt. Wenn Sie sich jetzt darauf zurückziehen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hätte und dass deswegen Sie die Problemanzeige nicht ernst genommen hätten, Frau Ministerin, ist das hier ein Rettungsversuch Ihrerseits, aber aus unserer Sicht nicht glaubwürdig.

(Ministerin Dorothee Feller [MSB]: Ich muss nichts retten!)

Dass ich eben die Fragen auch bezüglich der Kommunikation mit der QUA-LiS gestellt habe, hängt auch direkt damit zusammen, denn natürlich haben Sie ja – das ist ja auch Ihr gutes Recht – Änderungen in der Organisation im MSB und auch offenbar bei der Kommunikation mit der QUA-LiS vorgenommen. Dann müssen Sie eben auch damit rechnen, dass so was von so was kommt. Wenn man die Kommunikation mit einer nachgelagerten Behörde so umstellt, dass offenbar die Kommunikation nicht mehr durchdringt, passieren eben solche Dinge. Dann kommt es eben dazu, dass Problemanzeigen offenbar in Ihrem Haus nicht ernst genommen worden sind.

Wir können jetzt lange darüber diskutieren, ob das ein fachlicher Brief sei. Ich bin der Meinung: Das ist so formuliert, dass tatsächlich alle Ohren hätten klingeln müssen. Ich möchte noch einmal zitieren: Daher ist es dringend erforderlich, das dynamisch gewachsene Internetangebot der QUA-LiS in ein rechtskonformes, technisch sicheres und zukunftsfähig den Anforderungen an Datensicherheit und Barrierefreiheit genügendes sowie zielgruppengerechtes Angebot zu transferieren. – Wenn man hört, dass es schon in einem System solche Schwierigkeiten gibt, hätte ich schon erwartet, dass man diese Probleme auch auf der Treppe weiter mit nach oben gibt.

Selbst wenn das nicht erfolgt, wir hier im April anfangen, über unterschiedliche Stufen von IT-Problemen zu diskutieren, und es eine Frage schon im Plenum gibt, es gibt Sondersitzungen, müssen Sie sich die Frage stellen, warum nicht einmal dann, nicht einmal im April jemand aus Ihrem Haus sagt: Übrigens, wir haben hier noch was. Das sollten Sie zumindest berücksichtigen. – Wir wissen doch, dass Ihr Haus Sie gut vorbereitet, auch auf Fragestunden im Plenum. Aus meiner Sicht ist immer noch nicht klar, ob Sie tatsächlich von all diesen Problemen nichts gewusst haben oder ob Sie gesagt haben: Das hatte damit nichts zu tun, und selbst wenn das irgendwie rauskommt, gucken wir mal, dass wir das hier irgendwie abgebügelt kriegen.

Frau Ministerin, es ist dringend erforderlich, dass Sie sich hier noch mal ausführlicher und deutlicher erklären, ob Sie tatsächlich zu keinem Zeitpunkt von Ihrem Haus über diese Briefe informiert worden sind, dass die Hausspitze völlig ahnungslos war und Sie deswegen uns im Plenum diese Aussage gegeben haben, sprich: Haben Sie dem Parlament gegenüber eine falsche Aussage getätigt, oder redet einfach im Haus niemand mehr mit Ihnen?

Carlo Clemens (AfD): Ich würde tatsächlich auch noch mal auf den Inhalt der Schreiben der QUA-LiS zurückkommen. Die QUA-LiS bat mangels hausinterner Fachkräfte um die Beauftragung eines externen Dienstleisters zur Behebung der eben auch geschilderten datenschutzrechtlich gravierenden IT-Probleme. Ich hatte in der Dringlichen Frage vorhin nicht bedacht zu fragen: Ist ein solcher Dienstleister bereits gefunden und in Aussicht? So, wie Sie es dargestellt haben, gab es ja schon eine hausinterne Analyse und eine Konzeption. Wenn ich das richtig verstanden habe, wäre man jetzt an dem Punkt, an dem man den externen Dienstleister hinzuzieht. Gibt es hier schon aktuelle Sachstände?

Vorsitzender Florian Braun: Damit sind alle Fraktionen zumindest nach Wunsch beteiligt worden. Die Viertelstunde ist bereits überschritten. Nichtsdestotrotz werden wir natürlich auch jetzt dem Ministerium noch die Gelegenheit geben, zu den aufgeworfenen Fragen und Themen noch einmal Stellung zu nehmen.

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Eines vorweg. Wenn man jetzt hier aus den ganzen Vorfällen kreieren will, ich würde Falschaussagen treffen und ich würde lügen, muss ich sagen: Das weise ich auf das Entschiedenste zurück. Das geht wirklich ganz deutlich zu weit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich muss auch keinen Rettungsversuch starten, weil ich mir nichts vorzuwerfen habe; das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich. Man kann sich dagegen wehren und über alles eine Glocke werfen, aber es ist nun mal differenziert zu betrachten. Ich will das noch mal machen: Das Downloadproblem bei den Abituraufgaben ist nicht bei der QUA-LiS aufgetreten, sondern beim externen Dienstleister. Das haben wir auch schon deutlich dargestellt; wir kommen da gleich unter Top 1 noch mal zu.

Die Internetmodernisierung ist kein Problem. Es ist ein Modernisierungsprozess, der ansteht, wenn eine Internetseite veraltet ist. Das Schreiben vom September und auch vom November habe ich nicht gekannt, hat mir das die Abteilung nicht vorgelegt, auch das Haushaltsreferat nicht – mussten sie auch nicht. Ich muss nicht jedes Schreiben kennen.

Wenn Sie jetzt daraus kreieren wollen, weil Herr Käuser als Leiter des Instituts nicht in der Abteilungsleiterlage ist, dass die Kommunikation nicht stattfindet, ist das doch falsch. Monatlich findet zeitlich unbegrenzt mit dem Staatssekretär und dem Leiter ein Jour fixe statt, wo Herr Käuser alle Möglichkeiten hat, über alle Themen, alle Herausforderungen, die bei QUA-LiS anstehen, eindeutig zu formulieren, also unmittelbar bei der Hausleitung.

Monatlich findet seit August letzten Jahres mit dem IT-Referat und den IT-Leuten bei der QUA-LiS ein Jour fixe statt, wo die Gelegenheit besteht, über alle Probleme Anzeigen zu machen. Außerdem gibt es auch noch Telefone zwischendurch; es wird ja telefoniert. Wir sind doch im engen Austausch, die Referate, die Abteilung mit der QUA-LiS. Was wird denn da jetzt für eine Welt aufgemacht, als ob wir mit der QUA-LiS nicht reden würden? Das ist doch völlig falsch.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich will noch mal, deutlich sagen, was auch Frau Schlottmann gesagt hat: Frau Engin, es ist falsch zu sagen, wir hätten keine Haushaltsanmeldungen gemacht. Das ist falsch; das hat Herr Gusovius auch in der Runde nicht gesagt. Das ist einfach falsch. Das kann man doch nicht einfach hier so behaupten.

MDgt Christoph Gusovius (MSB): Sie haben auch die Frage gestellt nach einem gemeinsamen Shared Service im Bereich der IT, Frau Abgeordnete Engin. Ja, ein solcher Shared Service bestand bis zum Jahr 2021. Ausdrücklich nicht von dem Shared Service umfasst und immer originäre Aufgabe der QUA-LiS waren Webentwicklungen und Webanwendungen. Der Shared Service mit dem MSB bestand ausschließlich im Bereich von Hardware und Lizenzbeschaffung. Sie müssen sich das so vorstellen: Der Shared Service bestand darin, dass, wenn das MSB Monitore oder Rechner angeschafft hat, wir auch für die QUA-LiS Rechner und Monitore angeschafft haben. Es geht um Hardware, und es geht um Lizenzen. Es ging zu keinem Zeitpunkt um Webanwendungen oder Webentwicklungen. Für diese Anwendungen und Entwicklung hat die QUA-LiS seit jeher originäre Haushaltstitel, und zwar den Titel 05 077 in der Titelgruppe 83 „Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und zur Qualitätssicherung“.

Die Auflösung der Shared Services führte ab dem Haushaltsjahr 2022 dazu, in eine neu geschaffene Titelgruppe bei der QUA-LiS 240.000 Euro jährlich – das ist auch

ersichtlich im Haushaltsplan – in den Haushalt der QUA-LiS unter 05 077 umzusetzen, damit die QUA-LiS eigene Beschaffungen im Bereich von Hardware und Lizenzprodukten machen kann. Die Auflösung dieses Shared Services erfolgte ausdrücklich auf Wunsch der QUA-LiS. Es war kein Wunsch des MSB, es war Wunsch der QUA-LiS, diesen Shared Service auslaufen zu lassen, und zwar aus dem Grund, dass die Aufbauarbeiten in der QUA-LiS abgeschlossen waren und die QUA-LiS sich Synergieeffekte aus der Zusammenführung der sogenannten grauen IT, also Geräte und Lizenzen, mit dem anderen Bereich der Anwendung versprochen hat. Das ist im gegenseitigen Einvernehmen erfolgt. Dementsprechend ist ausschließlich dieser Bereich aufgelöst worden. Es gab für den anderen Bereich niemals einen gemeinsamen Shared Service.

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Ich will noch ganz gerne ergänzen zur Frage nach dem externen Dienstleister. Man muss sich die Überarbeitung einer Internetseite so vorstellen: Das ist ein langwieriger Prozess – das hat Herr Gusovius vorhin auch gesagt –, der dauert mindestens anderthalb bis zwei Jahre. Start eines solchen Prozesses ist immer, dass sich die Organisation, die die Internetseite für sich nutzen will, erst mal selber Klarheit darüber verschafft: Wie will ich das organisieren? Welche Inhalte will ich? Das ist immer zunächst ein hausinterner Prozess. Da ist die QUA-LiS auch dran, und da ist sie auch jetzt noch dran. Das heißt, der Zeitpunkt, ab dem man sagt „ab jetzt sind wir so weit, ist die Konzeptionierung so reif, dass wir auf einen externen Dienstleister zugehen können“, kommt jetzt noch. Das ist ganz wichtig.

Frau Engin, Sie sagen, wir sind enttäuscht wegen Glaubwürdigkeit usw. Frau Schlottmann hat gerade zitiert aus einem Gespräch, was ich vertraulich angesetzt habe, weil ich gesagt habe: Ich kann über die Daten, über die Analyse von Ernst & Young, über die Schwachstellen der QUA-LiS nicht in der Öffentlichkeit informieren. Dazu habe ich alle schulpolitischen Sprecher eingeladen. Wenn aus einem solchen Gespräch zitiert wird, was für eine Vertrauenswürdigkeit hinterlässt das denn bei mir? Ich will gerne glaubwürdig und vertrauensvoll zusammenarbeiten, aber wenn aus solchen Gesprächen öffentlich zitiert wird, wie soll das denn aussehen zukünftig, und dann noch falsch? Das kommt noch hinzu. Was ist das denn für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit? Das muss ich echt mal zurückspeiegeln.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

MDgt Christoph Gusovius (MSB): Frau Abgeordnete Engin, wir nehmen die Fragen mit, die Sie jetzt noch mal als Katalog formuliert haben, und werden die natürlich auch noch mal schriftlich beantworten. Sie haben einen Anspruch darauf, dass wir Ihnen das noch mal dezidiert beantworten. Ich will nur noch einen Satz zu dem Schreiben sagen; ich bin jetzt ja auch namentlich angesprochen worden als Adressat eines dieser beiden Schreiben.

Dieses Schreiben ist überschrieben mit „Weiterentwicklung des Webauftritts der QUA-LiS“. Das ist die Überschrift für dieses Schreiben. Es kommt dann neben den bereits zitierten Passagen – insofern ist es gut, dass man die Passagen vielleicht im Zusammenhang zitiert – dazu: Daher haben wir in einer hausinternen AG in den vergangenen

Monaten unsere Bedarfe und Wünsche besprochen, um auf einen Relaunch des gesamten Webauftritts hinzuarbeiten. Es werden eine professionelle Analyse, die Konzeption sowie im weiteren Verlauf die Umsetzung entsprechend ausgeschrieben. – Es geht also auch um Ausschreibungen, um externe Dienstleister an Bord zu holen. – Es geht uns um die Überführung in einen professionellen – Frau Abgeordnete Müller-Rech hat es zitiert – und modernen Webauftritt.

Es ist also mitnichten eine Problemanzeige, die heißt „Jetzt muss die Internetseite der QUA-LiS abgeschaltet werden“, sondern es geht darum, in einem bereits angelaufenen Prozess sich der Unterstützung des MSB noch mal zu vergewissern. Es hat daraufhin ja auch eine Antwort des MSB gegeben, in der wir auf die dezidiert gestellte Frage nach der Webseite, ob sie überführt werden soll, ja oder nein, auch geantwortet haben. Insofern ist das ein ganz normaler Arbeitsprozess, der bei uns im Haus läuft und lief.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank für die Stellungnahmen und auch im Namen des Ausschusses für das Angebot, die Fragen schriftlich zu beantworten. Zwecks konstruktiven Vorgehens würde ich dann die SPD-Fraktion darum bitten, uns die Fragen, die offenbar schriftlich auch schon ausformuliert sind, zur Verfügung zu stellen, damit dann das auch vorliegt und nichts von den Fragen untergeht. Wir bitten dann eben darum, die Antworten auch dem kompletten Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Zum anderen würde ich an der Stelle formal die Aktuelle Viertelstunde für beendet erklären in Anbetracht der Uhrzeit. Ich habe ganz bewusst die einführenden Berichte und die Antworten der des Ministeriums nicht einkalkuliert. Wir werden allerdings auch, wie bereits eingangs zur Tagesordnung besprochen, jetzt in den TOP 1 übergehen mit dem Schwerpunkt auf die Downloadproblematik und die IT-Server-Thematik bei der QUA-LiS, sodass wir dort nun weitere Ausführungen und Einführungen des Ministeriums erhalten. Dann eröffne ich auch wieder die Möglichkeit für weitere Fragen und Stellungnahmen, will aber an der Stelle das Instrument der Aktuellen Viertelstunde nicht überstrapaziere, sondern für beendet erkläre.

3 Konsequenzen aus den Abiturprüfungen *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

In Verbindung mit:

Konsequenzen aus dem Download-Problem bei Abiturklausuren und aus der IT-Schwachstellenanalyse bei der QUA-LiS *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Die zentralen schriftlichen Abiturprüfungen in den Haupt- und Nachschreibeterminen und auch die Zentralen Prüfungen Klasse 10 sind nunmehr abgeschlossen. Blicken wir auf das Verfahren der zentralen Prüfung im diesjährigen Abitur zurück, so sticht die technische Störung am 18. April 2023 und die daraus resultierende Verschiebung des Prüfungstages für die Fächer Biologie, Chemie, Ernährungslehre, Informatik, Physik und Technik um zwei Tage ohne Frage heraus. Umso erfreulicher ist es, dass die zentralen Abiturprüfungen im Übrigen wie gewohnt störungsfrei verlaufen sind. Dies gilt auch für die technische Seite der Distribution im weiteren Verfahren.

Was heißt das? Die zentralen Abiturprüfungen oder Aufgaben in allen 40 Fächern waren angemessen, entsprachen den Standards und waren für die Abiturientinnen und Abiturienten gut zu bewältigen. In keinem Fach, auch in dem in den Vorjahren immer wieder kritisierten Fach Mathematik, gab es bislang relevante Überforderungsanzeigen. Dasselbe gilt auch für die zentralen Abiturprüfungen an den beruflichen Gymnasien sowie für die zentralen Prüfungen der Klasse 10. Die zum Teil in der Öffentlichkeit diskutierten Korrekturen an den Abituraufgaben verliefen alle im Rahmen der gewöhnlichen Abläufe von Prüfungen.

Die Abituraufgaben müssen frei von fachlichen und soweit möglich auch von redaktionellen Fehlern sein. Daher werden alle Hinweise aus Schulen auch auf kleinste redaktionelle Fehler wie zum Beispiel eine fehlerhafte Abbildungsnummerierung zum Anlass genommen, die jeweiligen Unterlagen zu korrigieren. Insgesamt wurden den Schülerinnen und Schülern bzw. Den Lehrkräften in Haupt- und Nachschreibeterminen 813 Aufgaben vorgelegt. Inklusive der Unterlagen für die Lehrkräfte umfassen die Prüfungsunterlagen in diesem Durchgang insgesamt 10.952 Seiten. Auf 20 dieser rund 11.000 Seiten sind Korrekturen erfolgt, in allen Fällen jeweils im Vorfeld der Prüfung, sodass zu Prüfungsbeginn immer die korrekten Unterlagen zur Verfügung standen.

Der bei Weitem größte Teil der Nachbesserungen belief sich auf redaktionelle Korrekturen in den Unterlagen für die Lehrkraft, die zur Klarstellung und zur Vermeidung von Missverständnissen dienten. Diese Nachbesserungen haben durch das Downloadproblem sicherlich eine andere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit gefunden als in den Jahren zuvor. Die Störung des Downloads am 18. April ist damit erfreulicherweise ein Einzelfall geblieben. Obwohl eine solche Störung aus rein technischer Sicht nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann, gibt uns diese Störung Anlass, insbesondere die Testverfahren vor Inbetriebnahme neuer Systeme zu verbessern und natürlich das Verfahren selbst technisch zu stärken.

Da der Vertrag mit dem bisherigen Dienstleister ohnehin im Sommer endet, wird das technische Verfahren der Distribution der Abituraufgaben und der Aufgaben der ZP10 neu ausgeschrieben. In dieser Ausschreibung werden auch die gestiegenen Anforderungen an das System enthalten sein, die sich zum Beispiel dadurch ergeben, dass zukünftig in viel größerem Umfang als bisher Videodateien oder Hörverstehensaufgaben in den Prüfungen genutzt werden sollen. Darüber hinaus muss das System höhere Lastspitzen und deutlich mehr parallele Nutzerzugriffe technisch sicher abbilden können und zuvor umfangreich getestet werden. Wir beabsichtigen, das Vergabeverfahren bis Mitte August 2023 abzuschließen. Im Vorfeld wurde geprüft, ob es möglich ist, die Distribution ab dem kommenden Schuljahr gegebenenfalls alternativ auch durch IT NRW durchführen zu lassen. Dies ist jedoch nach Aussagen von IT NRW zumindest kurzfristig nicht möglich.

Darüber hinaus werden wir den Downloadprozess als solchen anpassen. So werden wir den Download der Prüfungsunterlagen zeitlich vorziehen und die Dateien bereits drei Arbeitstage vor dem jeweiligen Prüfungstag zur Verfügung stellen. Jedoch müssen wir dabei die Vorgabe der KMK einhalten, dass die Schulen die Daten erst ab mittags vor dem Prüfungstag einsehen dürfen. Um dies zu gewährleisten und somit zu verhindern, dass die Daten bereits frühzeitig eingesehen werden können, sind die Dateien nur mit einem zusätzlichen Freigabeschlüssel einsehbar, der den Schulen dann erst am Tag vor der Prüfung zur Verfügung gestellt wird.

Durch den längeren Zeitraum zwischen dem Download und der Prüfung erhalten wir im Fall einer technischen Störung, die nie in Gänze ausgeschlossen werden kann, deutlich mehr Zeit für die Behebung des Problems oder für die gegebenenfalls erforderliche Aktivierung eines Notfallsystems. Ohne dass sich für die Schulen gravierende Veränderungen im Ablauf ergeben, treffen wir damit in technischer Hinsicht alle geeigneten und erforderlichen Maßnahmen, um eine zuverlässige und rechtssichere Verteilung der Prüfungsaufgaben zu gewährleisten.

Ungeachtet der vorgenommenen und anstehenden technischen Optimierungen gibt es weitere Konsequenzen, die wir aus der Analyse des diesjährigen Prüfungsverfahrens ziehen werden. Zukünftig werden wir noch mehr daran setzen, die Qualitätssicherungsschleifen der Aufgaben sowie der Lehrerunterlagen insbesondere auch im Lektorat weiter zu verbessern. Eine hundertprozentige Fehlerfreiheit wird zwar angesichts der Größe und Anzahl der Prüfungen, die ich gerade noch mal geschildert habe, kaum umsetzbar sein; im Rahmen der Erstellung und Lektorierung der Aufgaben selbst werden wir dennoch weiter daran arbeiten, die aktuell geringe, aber immer noch vorhandene Anzahl von Nachbesserungen in den Prüfungsunterlagen in Zukunft noch weiter zu reduzieren.

Die Zusammenarbeit zwischen der QUA-LiS und dem Schulministerium im Aufgabengebiet der zentralen Prüfung hat sich grundsätzlich bewährt. Besonders vorteilhaft ist dabei, dass die QUA-LiS in ihrer Rolle als Schnittstelle zwischen Schulfachlichkeit und Technik die Anforderungen und Sichtweisen beider Bereiche zusammenbringt. Jedoch werden wir die Zusammenarbeit und die gegenseitige Kommunikation zwischen allen Beteiligten weiter verbessern.

Im Falle einer Störung wird das MSB zukünftig einen Stab für außergewöhnliche Ereignisse aktivieren, ein Instrument, das vor allem die Kommunikation in Krisenfällen mit einer festen Struktur hinterlegt. Aus diesem Stab heraus wird dann gemeinsam mit der QUA-LiS die Störung behoben und gleichzeitig die Kommunikation an die Schulen, an die Schulaufsicht, die betroffenen Schülerinnen und Schüler sowie die Öffentlichkeit gebündelt und transparent gesteuert.

Zusammenfassend haben wir vorwiegend folgende Schlüsse aus dem Downloadproblem gezogen:

Erstens. Im Vergabeverfahren für die Neuausschreibung an einen externen Dienstleister werden weitere Anforderungen hinsichtlich Volumen, Testung und Redundanz vorgesehen.

Zweitens. Der Download der Prüfungsunterlagen wird zeitlich vorgezogen und durch die Verwendung von einem Freigabeschlüssel gleichwohl gewährleistet, dass die Daten erst am Prüfungsvortag eingesehen werden können.

Drittens. Im Falle einer Störung wird im MSB unter Einbindung der QUA-LiS ein Stab für außergewöhnliche Ereignisse einberufen, der für sämtliche Entscheidungen und Kommunikation für den Störfall zuständig ist.

Viertens. Weitere Optimierung der Qualitätsverbesserung in der Aufgabenstellung, um Nachbesserung möglichst zu vermeiden.

Das ist der Bereich Downloadprobleme und Konsequenzen daraus beim Abitur. Kommen wir nun zu der zweiten Herausforderung, die sich auch in der 17. Kalenderwoche abspielte, nämlich die IT-Schwachstelle in der IT-Struktur der QUA-LiS. Zwischenzeitlich hat das Unternehmen Ernst & Young in seinem Bericht zur Sicherheitsüberprüfung der im Internet erreichbaren Systeme der QUA-LiS vorgelegt. Auf dieser Grundlage kann ich heute meine Ausführungen aus der Ausschusssitzung vom 17. Mai um einige technische Erläuterung ergänzen.

Die in der Öffentlichkeit diskutierten und von außen gemeldeten Schwachstellen waren zum Zeitpunkt der Untersuchung von Ernst & Young, wie bereits berichtet, geschlossen. In der tiefer gehenden Analyse wurde die Verfügbarkeit von verschiedenen Informationsquellen, unter anderem einer Benutzerdatenbank mit verschlüsselten Passwörtern, eine Seite, über die Nutzerinformationen mit Namen und E-Mail-Adresse eingesehen werden konnten, und ein administrativer Nutzeraccount inklusive gültigem Passwort ohne zusätzliche Absicherung, als kritisch bewertet. Die identifizierten Informationsabflüsse wurden unverzüglich vom Ministerium bzw. von der QUA-LiS abgestellt.

Ebenfalls als schwerwiegend wurde bewertet, dass verschiedene Schwachstellen innerhalb der bereitgestellten Webanwendungen vorhanden waren. Bei Systemen, die in Betrieb bleiben mussten, haben wir derartige Schwachstellen sofort behoben. Andere Systeme wurden, wie Ihnen bereits bekannt ist, deaktiviert und befinden sich zurzeit in der Qualitätssicherung vor der Inbetriebnahme.

Über die bereits erfolgte und sich in Umsetzung befindliche Behebung der Schwachstellen hinaus empfiehlt Ernst & Young eine Überprüfung der Vorgaben zur sicheren

Anwendungsentwicklung. Dies bezieht sich beispielsweise auf die Überprüfung der Benutzereingaben der Webanwendung auf unzulässige Zeichen, um so das Einschleusen von schädlichen Programmcodes zu verhindern, oder auf das Unterbinden der Ausgabe von Fehlermeldungen an die Benutzer, die daraus Rückschlüsse auf die Konfiguration des Servers herleiten könnten.

Zudem werden eine stärkere Prüfung der Server auf potenzielle Informationsabflüsse, eine regelmäßige Sicherheitsuntersuchung der aus dem Internet erreichbaren Systeme und Services, ein Review der aktuell gültigen Betriebsprozesse und die Verbesserung der Überwachungsmaßnahmen zur schnellen Identifikation von Angreifern angedenkt. Zudem wird geraten, dass die Softwareversionen innerhalb der bereitgestellten Webanwendungen aktuell gehalten und ungenutzte Softwarepakete unverzüglich durch Nutzungsende deaktiviert bzw. deinstalliert werden. Alle diese Empfehlungen werden selbstverständlich umgesetzt.

Ich habe Ihnen zugesichert, dass wir Ihnen den Bericht von Ernst & Young zur Verfügung stellen werden. Nach Beratung durch die für den Geheimschutz zuständige Abteilung des Innenministeriums haben wir uns entschieden, den Bericht als nur für den Dienstgebrauch zu verwendende Verschlussache einzustufen, da er teilweise sensible Informationen enthält, die Ausgangspunkte für weitere gezielte Angriffe auf Webanwendungen der QUA-LiS sein könnten. Dies bedeutet, dass der Bericht zwar nicht als Landtagsdrucksache veröffentlicht wird, Ihnen als Ausschussmitgliedern aber selbstverständlich über den Landtag zur Verfügung gestellt wird, sodass Sie vollständige Einsicht erhalten. Aufgrund der Sensibilität der Daten bitte ich wirklich um Verständnis für diese Vorgehensweise und um einen entsprechenden Umgang mit dem Inhalt des Berichtes.

Hinsichtlich der aktuell noch deaktivierten Webanwendungen führt ebenfalls ein externer Dienstleister seit vergangener Woche verschiedene Tests durch, um einzelne Anwendungen nach einem standardisierten Verfahren auf die empfindlichsten Angriffspunkte zu untersuchen. Sofern Nachbesserungen an den Anwendungen erforderlich sind, werden diese umgesetzt, bevor die Systeme wieder in Betrieb genommen werden. Dies lässt sich beispielhaft anhand der Überprüfung von zwei Statistikanwendungen erläutern, die wir in der vergangenen Woche getestet haben. Die Statistikanwendungen werden von den Schulen zur Übermittlung der Ergebnisse des Zentralabiturs bzw. der ZP10 genutzt.

Bei einer der beiden Anwendungen wurden keine Sicherheitsmängel festgestellt, sodass sie in der nächsten Woche wieder in Betrieb gehen kann. In der anderen Anwendung wurden Schwachstellen identifiziert, die dazu führen, dass für die Abfrage der Prüfungsergebnisse bei den Schulen eine andere technische Lösung gefunden werden muss. Die Ergebnisse der Tests zeigen, dass die Beauftragung eines externen Dienstleisters eine notwendige und sinnvolle Maßnahme gewesen ist, um das Sicherheitsniveau der Webanwendungen der QUA-LiS sukzessive zu erhöhen.

Unsere hausinterne Analyse des Zusammenwirkens zwischen den Fachreferaten und der QUA-LiS hat ergeben, dass grundsätzlich eine bessere Koordination bei Planung, Implementation und Betrieb von Webanwendungen der QUA-LiS erforderlich ist. Die QUA-LiS bleibt hinsichtlich der Durchführung der zentralen Prüfungen sowie der

Planung und des Betriebs von Webanwendungen auf operativer Ebene weiterhin federführend. Das Ministerium wird jedoch stärker beratend tätig werden, die Einhaltung technischer Standards kontrollieren und die Webverfahren freigeben. Dazu wird in der Zentralabteilung des MSB ein Kompetenzzentrum Webanwendung eingerichtet, in dem sowohl die Anwendung des MSB wie bisher als auch die Anwendung der QUA-LiS zentral qualitätsgesichert werden.

Wie angekündigt haben wir die Ereignisse rund um die technische Störung am 18. April sowie die Schwachstellen im IT-System der QUA-LiS intensiv analysiert und die erforderlichen Konsequenzen daraus gezogen. Sicherlich lassen sich auch für die Zukunft technische Störungen nicht hundertprozentig ausschließen. Jedoch haben wir durch unsere Maßnahmen dafür gesorgt, dass für die Zukunft eine Organisations- und Kommunikationsstruktur zur Verfügung steht, die in solchen Fällen greifen und weitere Folgen verhindern kann.

Frank Müller (SPD): Auch noch mal vielen Dank für die freundliche Anmoderation dieses Tagesordnungspunktes, der ja sozusagen die Gelegenheit gibt, noch eine kleine Reprise vorzunehmen im Rahmen der Möglichkeiten; so habe ich es zumindest verstanden. Alles andere würde mich im Übrigen auch verstören mit dem Hinweis: Alle Fraktionen haben das Wort ergriffen, manche sogar zweimal, und haben sich eher an Kolleginnen und Kollegen abgearbeitet als am Sujet an sich. Das ist völlig in Ordnung untereinander. Ich will das gar nicht in Zweifel ziehen. Das ist in diesem Rund so, wie es ist.

Ich will nicht die Arbeit des Vorsitzenden kritisieren, aber da so viel Wert auf Etikette gelegt wurde mit Blick auf die Rolle von Mitarbeitenden, auch aus Ministerien, bei denen ich Ihnen zustimmen würde, wäre ich doch dankbar, wenn der Hinweis auch für Referentinnen, Referenten und Mitarbeitende der Fraktionen gilt. Frau Schlottmann hat gerade ausgeführt, dass die Referentin sekundiert hätte. Ich finde, das sollten wir untereinander nicht tun. Ich glaube, wir sollten uns als Abgeordnete aneinander abarbeiten, sollten aber auch die Beschäftigten der Fraktionen nicht einbeziehen. Es ist mir wichtig, dass ich den Hinweis gerne in Ergänzung zu Ihnen, Herr Vorsitzender, noch mal geben möchte.

Vorsitzender Florian Braun: Ich darf vielleicht einmal die Gestik von Frau Schlottmann fürs Protokoll festhalten, dass sie gemeint war.

(Frank Müller [SPD]: Ich habe sie wahrgenommen!)

– Dann sei das hier auch festgehalten.

Frank Müller (SPD): Damit wäre das dann wahrscheinlich auch erledigt. Ich gucke sozusagen zu meiner Rechten. Vielen Dank, Frau Kollegin Schlottmann.

(Ina Besche-Krastl [GRÜNE]: Das gilt dann für alle Beteiligten!)

– Das gilt für alle Beteiligten, so wie ich das gerade gesagt habe. Alle, die mich seit 2017 in diesem Ausschuss kennen, wissen sehr genau, dass ich das auch nie getan

habe und dass das Kolleginnen und Kollegen auch nie getan haben, sich an Mitarbeitenden abzuarbeiten. Ich persönlich habe mich nicht an Mitarbeitenden abgearbeitet. Wer jetzt das Gegenteil behauptet, möchte mir bitte sagen, wann das der Fall gewesen ist, aber wollen wir uns an der Stelle doch nicht verkämpfen.

Ich will mich noch mal ausdrücklich bedanken, dass wir alle Unterlagen bekommen. Die Anmoderation des Vorsitzenden und auch das, was Sie jetzt beschrieben haben, macht noch mehr deutlich, dass alles mit allem in irgendeiner Form zusammenhängt.

(Andrea Stullich [CDU]: Nein, eben nicht!)

– Da kann man reinrufen, aber alles hängt mit allem durchaus zusammen in dem gesamten Themenkomplex. Das mag sich ja vielleicht im Verlauf des letzten Jahres noch nicht angedeutet haben, aber wenn man an einen Punkt kommt, an dem Probleme auftreten, stellt man irgendwann fest: Es könnte alles mit allem in irgendeiner Form zusammenhängen. Das mögen Sie anders sehen; da ist vielleicht auch unser Rollenverständnis einfach ein anderes. Wenn die Opposition Fragen stellt wie zum Beispiel „Gibt es noch was?“ oder die Ministerin auch im Brustton der Überzeugung sagt „Wir haben das Haus auf den Kopf gestellt, da gibt es nichts mehr“,

(Ministerin Dorothee Feller [MSB]: Das habe ich nicht gesagt!)

und da gibt es dann doch irgendwas, und hinterher wird uns

(Widerspruch von der CDU)

dann lang und ausführlich erklärt, dass das alles ein Missverständnis sei, dass das Schreiben auch im Nachklapp nicht vorgelegt wurde oder man nicht erkannt hat, warum es vorgelegt werden müsse, hat doch die Kollegin Müller-Rech völlig recht: Das wirft am Ende des Tages viele Fragen auf, wie Abläufe von der Hausleitung gestaltet sind, aber das muss die Hausleitung am Ende des Tages beantworten. Ich habe mir das sehr gut mitgeschrieben. Sie haben ja selber auch ein Wortprotokoll bzw. Mitschnitte der Tagesordnungspunkte beantragt. Den beantragen wir auch für diesen Tagesordnungspunkt. Es ist ja nur konsequent, noch mal nachzuhören, was wir alle gesagt haben.

Ich habe mir auch mitgeschrieben, dass unter anderem Frau Ministerin im Zusammenhang mit der Problemanzeige, die sie dann als Haushaltsanmeldung bezeichnet hat, aber auch erwähnt hat – ich kenne das Schreiben vom Wortlaut her nicht –, dass aber auch das Wort „Datensicherheit“ in diesem Schreiben offenkundig erwähnt wurde. Gerade wurde aus dem Betreff zitiert, aber mindestens wurde nicht nur irgendwie „unser Webauftritt ist veraltet“, sondern im Prinzip wurde ja sozusagen diese Haushaltsanmeldung auch bezogen auf Bedenken mit Blick auf Datensicherheit. Da möchte man dann doch am Ende des Tages schon noch mal deutlich die Frage stellen, warum mindestens im Nachgang ...

Ich kann verstehen, dass im laufenden Verfahren nicht alle Unterlagen die Hausleitung erreichen. Ich glaube, alles andere wäre wahrscheinlich auch praxisfern. Aber dass an dem Punkt, wo man vor einer Fragestunde in einem Parlament steht, und hier Leute sitzen, von denen Sie doch ahnen müssten, dass die sehr genau zuhören und sehr genau hingucken, bestimmte Dinge einfach nicht an Ihre Ohren kommen, verstört

mich. Ich finde auch nicht, dass Sie ein Missverständnis aufklären müssten, dem wir möglicherweise unterlegen sein können, sondern ich finde, das gehört zur vollständigen und proaktiven Aufklärung dieses Parlamentes und insbesondere der Abgeordneten der Opposition, die hier einem Kontrollauftrag nachkommen. Das will ich doch noch einmal ganz deutlich sagen.

Deswegen habe ich mich auch immer gefragt im Verlauf des heutigen Vormittags, warum diese Informationen einfach nicht proaktiv fließen. Insbesondere würde mich interessieren, weil Sie bei QUA-LiS entsprechende Prozesse aufsetzen: Wir gehen nach Ihren Ausführungen davon aus, dass diese Prozesse auch mit dem bisherigen Leiter von QUA-LiS fortgesetzt werden und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Leiter von QUA-LiS fortbesteht. Dann drängt sich aber natürlich die Frage auf ... Was Sie gerade gesagt haben, war ja auch Teil der Empörung, dass es regelmäßige Gespräche mit Herrn Käuser gegeben hätte und Sie unter anderem anheimgestellt haben, Herr Käuser hatte oder hätte die Gelegenheit gehabt. Da bin ich mir nicht mehr über den genauen Wortlaut sicher, ob das ein „hätte“ oder ein „hatte“ war. Das könnte ja insinuiieren, dass Herr Käuser möglicherweise in diesen Gesprächen, die er mit der Hausleitung – in dem Fall mit Herrn Staatssekretär – geführt hat, diese Problemanzeigen nicht vorgenommen hätte und es dort möglicherweise nicht getan hat.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Da ist aber viel Konjunktiv in der Frage!)

– Natürlich, ich war ja nicht zugegen. Bevor man mir unterstellt, ich würde Dinge behaupten und in den Raum stellen, frage ich sie natürlich im Konjunktiv. Herr Staatssekretär hat darauf auch gerade reagiert. Wenn ich das richtig gedeutet habe, hat der Staatssekretär gerade genickt und gesagt: Das war nie Gegenstand von Gesprächen.

Vorsitzender Florian Braun: Wenn man das Nicken hört, muss es wehgetan haben.

(Heiterkeit)

Frank Müller (SPD): Ich frage nach, ob ich das richtig gedeutet habe, dass das in Gesprächen nie Gegenstand war, sondern nur von schriftlichen Haushaltsanzeigen, nur zur Klarstellung. Da wir ja gerade schon Reaktionen festhalten wollten, habe ich das dann für das Protokoll gerade auch getan, weil wir kein Videoprotokoll haben. Das ist ja auch nicht ganz unentscheidend für die Frage, wie eben auch Abläufe in der Hausspitze gelaufen sind, um das Gesamtbild „alles hängt mit allem zusammen“ zusammenzubinden. Insofern wollte ich das durchaus an dieser Stelle noch mal sehr deutlich machen. Ansonsten war die Sitzung bisher von viel Nervosität geprägt

(Kirsten Stich [SPD]: Bei den Grünen nicht!)

und möglicherweise auch davon, dass die Luft vielleicht an der Stelle auch einfach ein bisschen dünner wird oder die Sorge besteht, da könnte noch was kommen. Manche Wortbeiträge auch gerade seitens der Regierung und der Regierungsfaktionen sind vielleicht auch so zu verstehen, dass man immer mal verbaut, dass noch was kommen kann. Es ist immer so, Frau Ministerin, das Sie natürlich auf der Strecke – das haben Sie gerade zu Recht zum Schluss gesagt – technische Störungen nie ausschließen können. Das würde ich für die Zukunft immer gelten lassen, dass technische Störungen

nie auszuschließen sind. Aber das darf ich zum Abschluss einfach fragen: Können Sie mindestens Stand heute ausschließen, dass es keinerlei Probleme mehr gibt, die ihre Wurzeln im Gestern haben?

(Ministerin Dorothee Feller [MSB]: Das kann doch keiner!)

Über das Morgen reden wir nicht. Menschen machen Fehler; da kann es immer zu Störungen kommen. Aber können Sie jetzt Stand heute ausschließen, dass es keinerlei Probleme mehr gibt oder wir von keinerlei Problemen mehr hören im Bereich der Datensicherheit, der Technik, die ihre Wurzeln im Gestern haben?

Dilek Engin (SPD): Ich habe auch noch einige Nachfragen. Frau Feller, Sie haben ja vorhin erzählt, dass Sie von den Briefen nicht wissen müssen, dass Ihnen nicht alles vorgelegt werden muss; das habe ich mir so mitgeschrieben. Aber das irritiert mich, denn zu dem Zeitpunkt gab es ja schon IT-Probleme. Es gab ja schon Probleme mit QUA-LiS. Daher frag ich jetzt noch – da wurde ja gerade ganz schön auch von den regierungstragenden Fraktionen versucht abzulenken –: Als es diese Probleme gab, die Briefe sind ja schon älter, von September und November, im April haben hatten wir diese Abiturpanne – hat denn zu dem Zeitpunkt keiner – Herr Käuser oder irgendjemand anders – Sie informiert und gesagt „Ja, hallo, wir hatten doch schon Probleme, und wir haben uns doch schon angemeldet“? Warum ist das nicht bei Ihnen angekommen? Das ist meine Frage. Sie hatten ja – ich wiederhole es noch mal – gesagt: Es muss Ihnen nicht alles vorgelegt werden. Die Frage ist: Welche Konsequenzen ziehen Sie denn jetzt aus der Geschichte?

Dr. Jan Heinisch (CDU): Es ist immer hochgradig verstörend, wenn Leute, die ansonsten bei Fragen immer sehr auf das einzelne Wort achten und bei den Antworten anderer jedes einzelne Wort sezieren, es dann mitunter mit dem Zitieren von den Wortmeldungen anderer selber nicht so genau nehmen.

(Frank Müller [SPD]: An welchem Punkt genau, Herr Kollege?)

Ich möchte an dieser Stelle zunächst einmal ein großes Dankeschön aussprechen an Frau Ministerin Feller, weil sie sehr fachlich dargestellt hat, wo hier eigentlich die Themen lagen bei diesem konkreten Thema, über das wir uns jetzt unterhalten. Zwei Punkte dazu: Ich halte es für eine sehr richtige Entscheidung, dass wir bei derartig sensiblen Unterlagen und Daten, die jetzt offenbar erhoben wurden, und Themen, die zusammengetragen wurden, selbstverständlich auch gerade aufgrund der Erfahrungen mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden, die wir eben diskutiert haben, natürlich aufgerufen sind, unsere Parlamentsrechte sehr wohl auszuüben, aber eben in einer Art und Weise, die keine Gefahr ausübt für die entsprechenden Vertrauensschutzbelange und die Geheimhaltungsbelange. Für unsere Fraktion darf ich Ihnen jedenfalls zusichern, dass wir uns daran halten.

Die zweite Frage ist, dass es um die Fachlichkeit geht. Ich denke, dass man diese fachlichen Probleme auch nur fachlich lösen kann. Wenn ich noch mal den Abgeordneten Kollegen Müller zitiere „alles hängt mit allem zusammen“, dann ist es eben nicht so. Das ist ja so wie in den 90er-Jahren. Wenn man gefragt hat „Was machst du

beruflich?“, hörte man: Ja, irgendwas mit Computern. – Nur weil das irgendwas mit Computern zu tun hat, heißt das eben noch lange nicht, dass die eine Sache mit anderen zusammenhängt.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ich habe auch ein relativ langes Arbeitsleben hinter mir. Nach meinem Kenntnisstand, liebe Franziska Müller-Rech, ist es eben so, dass die IT in einem Unternehmen oder in einer Behörde eben IT macht, aber in der Regel nicht die Homepage, sondern die läuft nun mal so in der Regel im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und wird dann, wie ich das eben hier vernommen habe, über einen externen Dienstleister beauftragt. Da wird man sich über Strukturen im Vorfeld unterhalten. Die denkt sich aber nicht die IT aus, sondern der Orgabereich. Dann geht das Ganze eben an externe Dienstleister. Gepflegt wird die natürlich auch nicht von der IT, weil die IT eben IT macht, sondern eben von der Öffentlichkeitsarbeit oder einem zentralen Bereich. Das also vielleicht nur noch mal zur Abrundung, wie viel denn alles mit allem zusammenhängt, nämlich gar nicht. Deswegen nützt es auch nichts, jetzt hier zu versuchen, sehr bemüht, gebe ich ja zu, und mit vielen Gedanken, die man sich augenscheinlich im Vorfeld gemacht und aufgeschrieben hat, Zusammenhänge zu konstruieren, die so einfach nicht bestehen.

(Frank Müller [SPD]: So lange habe ich gar nicht gebraucht, Herr Kollege!)

Die Frage ist eben an der Stelle, dass wir dennoch darauf achten müssen, dass wir Probleme gezielt bearbeiten und lösen, denn einen Zusammenhang – den gebe ich Ihnen zu –, der zwischen diesen Themen besteht, ist, dass wir zum dritten Mal mit dem Namen QUA-LiS zu tun gehabt haben. Da hätte ich die große Bitte, damit der in der Vergangenheit jedenfalls ordentlich Ruf der QUA-LiS nicht dauerhaft geschädigt wird, dass das Ministerium der QUA-LiS auch weiterhin alle Hinwendung angedeihen lässt, die erforderlich ist, um solche Zustände für die Zukunft abzustellen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Wie ich schon betont habe, hatte ich auch ein Leben vor der Politik und habe dort auch IT-Erfahrungen gesammelt; Herr Kollege Heinisch, da sind Sie nicht der Einzige. Aber aus meiner Berufserfahrung kann ich sagen, dass sich Kommunikationsfachleute um den Content von Webseiten kümmern müssen, dass sie dafür zuständig sind, aber dass zum Glück die Kommunikationswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die dort sitzen, die PR-Leute zum Glück nicht für die Technik von Webseiten zuständig sind. Den Unterschied sollten Sie doch unbedingt auch machen. Diese Einlassungen, Herr Kollege, waren an der Stelle, glaube ich, eher überheblich als hilfreich.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte nun zu der Sache kommen. Ich habe von Anfang an gesagt, dass ich es sehr begrüße, dass sich ein externer Dienstleister auch so schnell einen Überblick verschafft hat und diese Analyse bei der QUA-LiS vorgenommen hat, auch auf den unterschiedlichen Feldern. Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass wir den Bericht übersandt bekommen, auch unter den vorgenannten Voraussetzungen. Wir werden den natürlich prüfen. Ich möchte jetzt schon mal darum bitten, diesen Tagesordnungspunkt

für die nächste Sitzung des Schulausschusses vorzusehen, weil wir sicherlich noch einmal in die Details des Berichts gehen sollten, wie auch immer dann das Setting aussehen mag, in dem wir das hier besprechen, aber das ist auf jeden Fall notwendig.

Ich möchte jetzt trotzdem, ohne Einsicht in das Dokument gehabt zu haben, Nachfragen dazu stellen. Es ist ja üblich, wenn solche Überprüfungen stattfinden – ob das jetzt durch eine interne Revision erfolgt oder durch eine externe Revision, wie es in diesem Fall war –, dass es auch eine Prioritätenliste gibt, in welcher Reihenfolge und mit welchen Zeitplänen Änderungen abgearbeitet werden. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie uns darüber auch einen Einblick geben. Mit welcher Priorität sollen welche Probleme angegangen werden? Welchen Zeitplan sehen Sie vor, um die vorgeschlagenen Änderungen umzusetzen?

Frau Ministerin, Sie haben auch regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen oder Revisionen angesprochen. Die halten wir auch auf jeden Fall für notwendig. Könnten Sie uns da aber auch bitte einen Einblick geben, in welchem Rahmen die geplant sind, ob es da schon einen Zeitrahmen gibt, und wer diese Sicherheitsüberprüfungen oder die Revisionen durchführen soll? Ist das eine Abteilung im Haus, oder sind es auch Externe, die diese Revision durchführen sollen?

Frau Ministerin, Sie haben angesprochen, dass ein Gremium in der IT im MSB aufgebaut werden soll, wenn ich das richtig verstanden habe, das dann Unterstützungsaufgaben auch für die QUA-LiS wahrnimmt. Da ist natürlich klar die Frage, ob Sie das aus Bordmitteln machen oder ob es dazu einen Stellenaufwuchs gibt, was Sie da planen. Welche Änderungen planen Sie diesbezüglich für die Qualität? Soll da auch ein Aufwuchs, soll da auch eine Stärkung stattfinden, und wenn ja: in welchem Umfang? Vielleicht ist das ja sogar auch in den Empfehlungen von Ernst & Young enthalten.

Carlo Clemens (AfD): Ich beziehe mich auf Ihre Ausführungen zur künftigen Ausgestaltung der Downloadverfahren der Zentralabiturprüfungen. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie die Downloads zeitlich vorziehen wollen, dass Sie einen Stab für außergewöhnliche Ereignisse einrichten möchten etc. Meine Nachfrage; das ging aus Ihrem Bericht nicht hervor: Betrifft die Zusammenarbeit mit dem bisherigen Dienstleister dieses Downloadservices GONICUS? Sah man diese Abiturpanne als Anlass, um möglicherweise eine neue hausinterne Ausschreibung zu veranlassen, oder wird weiterhin mit dem bisherigen Dienstleister zusammengearbeitet? Falls ja: Gab es dahingehend eine Aussprache, eine Analyse, eine Fehleranalyse, was in der Zusammenarbeit möglicherweise besser gemacht werden soll für die Zukunft?

Gönül Eğlence (GRÜNE): Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll, weil es mir ehrlich gesagt wirklich ein bisschen schwerfällt, diesen Fragenkatalogen zu folgen. Ich habe Herrn Gusovius und Frau Ministerin zugehört und verstanden, dass es einen Unterschied zwischen Webanwendungen, Webseite und Landingpage gibt. Wenn wir über Erfahrungen aus dem Vorleben berichten: Auch ich habe ein Leben vor der Politik geführt. In meiner Welt sind Webseiten Landingpages; die werden über Agenturen gemacht. Außerdem weiß ich nicht, ob Sie schon mal eine eigene Webseite erstellt haben; ich habe das schon mal gemacht. Das sind CMS-Vorlagen, da muss niemand

irgendwas programmieren. Das hat mit IT nur sehr wenig zu tun. Das hat jemand mal vorher gemacht, dann schreibt man da Content rein, und gut ist.

(Kirsten Stich [SPD]: Wir wollen nur hoffen, dass die Seiten des Ministeriums anders sind!)

– Am Ende des Tages ist die Technik dahinter immer die gleiche: Da ist nichts wirklich Kompliziertes dran. Die Fragen, die hier gestellt werden, basieren immer auf Annahmen, die vorher schon, wenn ich Herrn Gusovius richtig verstanden habe, als nicht richtig dargestellt wurden, denn in diesem Schreiben von der QUA-LiS ging es mitnichten um eine Problemanzeige, sondern sie erfolgte im Kontext einer Haushaltsmittelanfrage. In diesem Kontext spricht man davon, einen Webrelaunch zu machen. Wenn man einen Relaunch macht, sagt man in diesem Kontext: Übrigens, während wir diesen Relaunch machen, müssen wir auch darauf achten, dass das rechtskonform, technisch usw. usf. ist. Das ist keine Problemstandsanzeige; so habe ich Ihr Zitat jedenfalls vorhin verstanden. Wenn man das verstanden hat, erübrigt sich auch die Frage, dass jemand eine Problemstandsanzeige hier nicht referiert haben kann. Ich verstehe die Fragen nicht; das wollte ich einmal kurz zu Protokoll geben.

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Ich gehe mal auf die Fragen des TOP 1 ein, nämlich die Konsequenzen aus dem Downloadproblem einerseits und der Schwachstelle IT. Das war einmal die Frage nach dem IT-Unternehmer, mit dem externen Dienstleister. Es ist schlichtweg Tatsache, dass der Vertrag ausläuft, und wir müssen neu ausschreiben; das ist einfach der Grund. Wir haben ja gesagt, dass wir als Konsequenz aus den Downloadproblemen bei dem IT-Unternehmen in den Anforderungen sicherlich mehr Hinweise aufnehmen, dass mehr Testverfahren durchgeführt werden müssen, dass für große Volumina gerechnet werden muss. Es war ja ein Zusammenspiel von vielen Gründen. Einer war ja auch, dass wir Videodateien haben, also große Dateien, und eine Hörverstehensdatei. Solche Dateien werden zukünftig in Abiturklausuren sicherlich mehr werden.

Wir legen schon sehr großen Wert auf weitere Sicherheiten und auch weitere Redundanz, weil sich – darüber haben wir ja auch schon mal berichtet – das Abitur auf KMK-Ebene, auf Bundesländerebene immer weiter angleicht und wir immer mehr dazu übergehen werden, Klausuren aus dem bundesweiten Pool zu stellen. Deswegen ist es wichtig, dass wir auch immer eine größere Sicherheit haben. Daher werden wir die Erfahrungen, die wir diesbezüglich gemacht haben, in dem Ausschreibungsverfahren, im Vergabeverfahren berücksichtigen.

Wir erhoffen uns dadurch, dass wir die Möglichkeit schaffen, dass wir Downloaden und Entschlüsselung trennen, also Downloaden drei Tage vorher mit Entschlüsselung am Tag vor der Prüfung, und damit einfach mehr Zeit gewinnen. Wenn es Downloadprobleme geben sollte, haben wir und hat ein Unternehmer mehr Zeit, darauf zu reagieren und gegebenenfalls die zweite Notfalllösung zu aktivieren; das ist ganz wichtig.

Zum Zeitstrahl der Abarbeitung können wir gleich was sagen. Wir haben den Bericht ausgewertet, den Sie auch bekommen werden. Auf der Grundlage sind das die ersten Überlegungen, die wir jetzt gemacht haben. Zum Zeitstrahl kann Herr Gusovius gleich

noch was sagen. Ich will nur ein bisschen dafür werben, dass wir mit der QUA-LiS gerne besprechen wollen, wann wir was machen. Wir können gerne hier über den Bericht sprechen, aber das geht nur nichtöffentlich. Ich weise noch mal darauf hin: Das sind echt sensible Daten, das sind wirklich sensible Daten. Wenn davon irgendwas rausgeht, können wir das alles von vornherein lassen; dann ist die Seite, ist das System überholt. Darauf will ich jetzt echt noch mal hinweisen: Das ist jetzt echt sensibel. Das gilt dann auch fürs Abitur hinterher. Das ist nicht ohne Grund vertraulich.

MDgt Christoph Gusovius (MSB): Frau Müller-Rech, Sie haben gefragt, ob diese Tests, insbesondere Pentests, dauerhaft durchgeführt werden. Wird das selbst gemacht oder unter Hinzuziehung von Externen? Sowohl als auch. Wir haben dadurch, dass es natürlich auch externe Agenturen und Firmen gibt, die sich ausschließlich auf solche Penetrationstests festgelegt haben, ein standardisiertes Verfahren. Wir werden das in Teilen selbst machen, wir werden aber auch in Teilen immer wieder Externe beauftragen. Dazu muss man auch sagen: Natürlich werden wir alle Anwendungen mit Penetrationstests überziehen, aber Sie kennen das auch: Da geht es um eine Risikogewichtung. Wo das Risiko am höchsten ist, werden die ersten Tests gemacht. Dann geht das in den Anwendungen, in der Sensibilität und in der Risikoaffinität immer weiter kaskadierend nach unten.

Herr Abgeordneter Müller, Sie haben noch mal Datenschutz bei den Webseiten der QUA-LiS angesprochen.

(Frank Müller [SPD]: Datensicherheit!)

– Datensicherheit, Datenschutz. Ich will Ihnen dazu sagen, wenn Sie erlauben: Das Schreiben bezieht sich ...

(Frank Müller [SPD]: Wir kennen es ja nicht!)

– Ich weiß nicht, wer es kennt, oder wer es nicht kennt; ich kenne es jedenfalls. Es wird Bezug genommen auf das Teledatenkommunikationsgesetz, also auf das TTDSG. Im Bereich dieser Seiten, um die es hier geht, und des Contents, um den es geht, geht es ausschließlich um den Bereich der Cookiepolicy, also: Wird ein Cookiebanner angezeigt, oder wird kein Cookiebanner angezeigt? Gibt es die Möglichkeit zum Widerruf der Einwilligung in Cookies? Dazu könnte man jetzt technisch ganz viel erzählen, einfach nur vor dem Hintergrund: Sind es sogenannte Sessioncookies oder Trackingcookies? Es gibt keine Trackingcookies auf den Seiten der QUA-LiS. Ob es einer Einwilligung dann überhaupt bedarf, wäre eine große Frage. Lange Rede, kurzer Sinn: Es soll gemacht werden. Um das einzuführen, ist hier auf das TTDSG verwiesen worden. Das ist das Thema der Datenschutzkonformität. Dabei würde ich es jetzt bewerten lassen. Das waren die beiden Themen, die ich noch gerne beantworten würde.

StS Dr. Urban Mauer (MSB): Herr Abgeordneter Müller, da Sie mich direkt angesprochen haben. Das Thema ist von Herrn Käuser in den regelmäßigen Besprechungen, die ich mit ihm gehabt habe, nicht angesprochen worden. Es ist auch die Frage gestellt worden von Ihnen, Frau Abgeordnete Engin, ob im Anschluss an die Problematik mit

dem Abiturdownload bzw. der Schwachstelle Herr Käuser dieses Schreiben oder dieses Problem erwähnt habe. Nein, das ist nicht der Fall gewesen. Herr Abgeordneter Clemens, Sie hatten gefragt, ob es Gespräche mit GONICUS gegeben hat. Selbstverständlich haben wir in der akuten Phase unmittelbar nach dem 18. April Gespräche geführt, auch ich, und auch Videokonferenzen gehabt.

Vorsitzender Florian Braun: Ich habe das so wahrgenommen, dass durchaus Zustimmung dazu vorliegt, den Bericht, den Sie uns angekündigt haben, für die folgende Sitzung im nichtöffentlichen Teil vorzuhalten und dann auch hier besprechen zu können.

Frank Müller (SPD): Frau Ministerin, ich würde jetzt gerne noch mal kurz mit Blick auf den Bericht, weil Sie mehrfach unterstrichen haben, wie vertraulich und wirklich auch brisant Informationen sind nachvollziehbarerweise, für die Klarheit nachfragen wollen, ob sich das auf Fragen der Vergangenheit bezieht oder auf Fragen der Zukunft. Es ist absolut verständlich, dass es natürlich absolut so ist, dass an dieser Stelle diese Vorlagen absolut vertraulich sind, aber die Berichte über das, was an Aufarbeitung passiert ist, sind ja alles Dinge, die abgestellt werden. Dann wird es einen Abschlussbericht geben, der irgendwann sagt: Das waren die Probleme. Die sind abgestellt und kein Einfallstor mehr.

Das ist ja durchaus ein Gegenstand, der in öffentlicher Sitzung beraten wird, nur um das für uns klar zu haben. Die Öffentlichkeit hat gegebenenfalls auch ein Interesse daran, für alle anderen Fragen völlig unstrittig an der Stelle. Ansonsten braucht es auch in dieser Runde nicht mehrfach die Betonung mit Blick auf Vertraulichkeit und das Insinuieren, dass möglicherweise Teile der Kolleginnen und Kollegen die nicht wahren würden.

Ministerin Dorothee Feller (MSB): Wenn Sie den Bericht lesen, werden Sie sehen, dass der nicht nur die Schwachstellen beschreibt, sondern Empfehlungen ausspricht. Das ist kritisch. Mir geht es nicht darum, dass wir nicht offen über Sachen reden können.

(Frank Müller [SPD]: Das ist aber auch nicht trennbar!)

– Es ist nicht trennbar.

MDgt Christoph Gusovius (MSB): Herr Abgeordneter Müller, Sie haben auf Vergangenheit und Zukunft abgestellt. Fehlersuche ist ja immer in der Vergangenheit. Alle gefundenen Fehler sind natürlich längst abgestellt; das ist klar. Da sich aber teilweise Fehler – das kann man ruhig sagen – in Codesystematiken und so etwas widerspiegeln, ist das natürlich sehr sensibel, weil auch solche Codesystematiken in dem Abschlussbericht erwähnt werden und es hier natürlich Einfallstore auch mit Hinweisen auf Sicherheitsvorkehrungen in der QUA-LiS und andere Dinge gibt. Insofern ist in der Tat das eine von dem anderen nicht zu trennen.

(Frank Müller [SPD]: Dann hängt doch alles mit allem zusammen!)

Vorsitzender Florian Braun: Ich glaube, dann haben wir das für den Moment verstanden, sind alle gespannt auf den Bericht und rufen das dann in der nächsten Sitzung entsprechend auf.

4 **Chancengleichheit für Kinder mit Lese-Rechtschreibstörung & Rechenschwäche**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4357

(Der Antrag wurde am 26.05.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Silvia Gosewinkel (SPD) beantragt eine „große“ Anhörung, zumal die Ministerin angekündigt habe, dass das Thema auf der Tagesordnung der KMK stehe.

Ministerin Dorothee Feller (MSB) stellt klar, am 28. Juni finde die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht statt, in der es wahrscheinlich schon Hinweise des Gerichts geben dürfte, die die Landesregierung zum Anlass nehmen wolle, um den Erlass zu überarbeiten.

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Verfahren unter den Obleuten zu besprechen.

5 Die Kooperation zwischen Ganztagschulen und Sportvereinen verbindlich gestalten, Potentiale ausschöpfen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4342

(Der Antrag wurde am 25.05.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Sportausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Der Ausschuss kommt überein, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

6 Grenzüberschreitende Kooperationen Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden und Belgien auf den Gebieten Bildung und Kultur intensivieren und so den europäischen Zusammenhalt weiter stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4371

(Der Antrag wurde am 25.05.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Astrid Vogelheim (GRÜNE) trägt anhand des Antrags vor.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

7 COPSOQ I + COPSOQ II – alarmierende Ergebnisse bei der Erhebung der psychosozialen Belastungszustände der Lehrkräfte in NRW. Was tut die Landesregierung, um endlich wirksame Maßnahmen gegen die psychosoziale Überbelastung der Lehrkräfte einzuleiten? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1132

Dilek Engin (SPD) fragt nach neuen Präventionsangeboten, nach der Gewährleistung der Umsetzung der Schwerpunkte, Ziele und Instrumente eines intervenierenden und präventiven Gesundheitsmanagements an den Schulen, nach einheitlichen Maßstäben, nach der stärkeren Wahrnehmung der Lehrkräftegesundheit als Führungsaufgabe, nach einer referatsübergreifenden zentralen Arbeitsgruppe im Ministerium, um ein für alle Bezirksregierungen verbindliches Rahmenkonzept für das Gesundheitsmanagement zu erarbeiten sowie ihrer Zusammensetzung, warum in den letzten elf Jahren nur zwei Erhebungen stattgefunden hätten, nach der Präventionsplanung in Bezug auf die hohen Parameter, warum die Schulleitungen nicht zur Teilnahme an allen drei Modulen verpflichtet würden, wie viele Schulleitungen auch an Modul 2 und 3 teilgenommen hätten und nach der fachlichen Einschätzung des Ministeriums, ob die Einschränkung der Teilzeitmöglichkeit nicht zu einer weiteren Erhöhung der psychosozialen Belastung der Lehrkräfte führe.

MDgt Oliver Bals (MSB) gibt zu bedenken, die Befragungen über Externe richteten sich an 200.000 Lehrkräfte, was einen großen Aufwand bedeute. Weil sich dieses Instrument für die Gefährdungsbeurteilung aber bewährt habe, beginne das Ministerium Ende 2024 mit der dritten Runde im Regierungsbezirk Düsseldorf. Der Haushaltsansatz für den Arbeits- und Gesundheitsschutz liege mittlerweile bei 12,5 Millionen Euro. Die Maßnahmen ergäben sich teilweise aus der Befragung und teilweise aus der jährlichen Arbeitsplanung mit den Hauptpersonalräten, die nach der Rechtsprechung zustimmen müssten. Auch hier rede man von einem hohen Aufwand.

MR Claus Weiß (MSB) ergänzt, nach § 76 des Landesbeamtengesetzes müsse die oberste Behörde für ihren Geschäftsbereich ein Rahmenkonzept betriebliches Gesundheitsmanagement entwickeln, das für die Schulen auf eigene Handlungskonzepte der Bezirksregierungen heruntergebrochen werden solle, damit auf dieser Grundlage die verantwortlichen Schulleitungen Maßnahmen ergreifen könnten. Dabei würden sie vom Beauftragten überbetrieblichen Dienst unterstützt, etwa über betriebliches Gesundheitsmanagement. Identifiziere eine Schule aufgrund der Befragung Handlungsbedarf für ihre schulisch-betrieblichen Verhältnisse, könne sie sich Hilfe bei der Analyse holen, um passgenaue Maßnahmen zu entwickeln. Bislang habe das Schulministerium dieses Rahmenkonzept für den schulischen Bereich noch nicht abschließend ausformuliert, was an unterschiedlichen Anforderungen an das Referat sowie an personellen Konstellationen liege, wenn ihm auch hohe Priorität zukomme. Im Wege der

vertrauensvollen Zusammenarbeit werde das erarbeitete Rahmenkonzept mit den schulischen Hauptpersonalräten besprochen.

Von **Dilek Engin (SPD)** nach dem Abschluss des Verfahrens befragt versichert **MDgt Oliver Bals (MSB)**, selbstverständlich wolle das Ministerium seiner gesetzlichen Verpflichtung wie auch anderen nachkommen und behalte das Rahmenkonzept fest im Blick. Auch schon jetzt berücksichtige die Arbeitsplanung den Arbeits- und Gesundheitsschutz, wobei das Rahmenkonzept ein übergeordnetes Instrument darstelle.

Er kündigt an, die Frage nach der Teilnahme an den Modulen 2 und 3 schriftlich im Nachgang zu beantworten. Bei Teilzeitanträgen gehe es um eine Einzelfallentscheidung, bei der die Interessen der Einzelnen und der Allgemeinheit an der Unterrichtsversorgung gegeneinander abgewogen werden müssten. Selbstverständlich müsse man für die Unterrichtsversorgung auch den Arbeits- und Gesundheitsschutz berücksichtigen, denn mehr zur Verfügung stehende Stunden kämen dem System zugute und unterstützten die anderen Lehrkräfte.

Sodann verabschiedet sich **Jochen Ott (SPD)** unter allgemeinem Beifall mit Blick auf seine Wahl zum Fraktionsvorsitzenden als Ausschussmitglied. Er unterstreicht, Schulpolitik sei ihm ein Herzensanliegen.

Vorsitzender Florian Braun gratuliert im Namen des Ausschusses zur Wahl zum Fraktionsvorsitzenden und dankt Jochen Ott für seinen engagierten Einsatz.

8 Schaffung von Ausbildungsplätzen für Sozial- und Erziehungsberufe *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1158

Frank Müller (SPD) betont die Notwendigkeit zusätzlicher Erzieherinnen und Erzieher auch mit Blick auf den Rechtsanspruch im Jahr 2026. Fachlehrkräfte in ausreichender Zahl stellten nach seiner Einschätzung den Flaschenhals dar, weshalb man nicht zu lange zögern dürfe. Auch brauche man kleinere Klassengrößen. Er bittet um die regionale Aufschlüsselung der freien Schulplätze und die Differenzierung zur praxisintegrierten Ausbildung.

Vorsitzender Florian Braun gibt die Zusage des Ministeriums wieder, die Zahlen nachzuliefern.

RB'r Lukas J. Krakow (MKJFGFI) weist sodann auf Überlegungen hin, was man dafür tun könne, damit die Interessierten noch besser die jeweiligen Ausbildungsstellen an den Kitas und Schulen fänden.

MDgt'in Susanne Blasberg-Bense (MSB) verweist auf die zahlreichen Anstrengungen der Landesregierung in den letzten Jahren, um die Zahl der Schulplätze in beiden Ausbildungsbereichen auszuweiten. Man bemühe sich, gerade bei der praxisorientierten Ausbildung junge Menschen in Praktika zu bringen, wofür man die Träger brauche. Sie würden in den Arbeitsprozess von MSB und MKJFGFI einbezogen, um die Ausbildungskapazitäten in den Kitas zu erhöhen. Selbstverständlich unternehme die Landesregierung weitere Anstrengungen und entwickle gegenwärtig einen weiteren Bildungsgang für Sozialassistentinnen und Sozialassistenten für die OGS, um auch dort zusätzliche Personalkapazitäten zu schaffen.

RSD'in Susanne Sistig (MSB) berichtet von ungefähr gleichen Zahlen in beiden Ausbildungsbereichen, nämlich ungefähr 21.000, was eine Steigerung um ca. 34 % in der Weiterbildung der Fachschule für Sozialpädagogik bedeute. Mit Blick auf den Bedarf bis 2030 stelle sich das Ministerium selbstverständlich der Notwendigkeit auszubauen und schaffe darüber hinaus Angebote für die Zusammenarbeit von Schulministerium und MKJFGFI, um proaktiv ein Berufsbild für die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern zu entwickeln und das Angebot bei der Sozialassistenz zu vervollständigen, bei der man auch die praxisintegrierte Ausbildung vorsehe.

LMR'in Stefanie Pudenz (MSB) bestätigt, man brauche mehr Kräfte, mehr Ausbildungsplätze und auch mehr Lehrkräfte. Dafür biete die Landesregierung kurzfristig Zertifikatskurse zur Weiterbildung von Lehrkräften an und habe damit in den letzten fünf Jahren mehr als 200 Lehrkräfte fortgebildet. Darüber hinaus könnten die Schul-

leitungen Stellen für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen öffnen, sodass Lehrkräfte für Gymnasien oder Gesamtschulen mit Erziehungswissenschaften oder Pädagogik zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch könnten Schulleitungen die Ausschreibungen öffnen, um Masterabsolventinnen und -absolventen von Fachhochschulen in den Seiteneinstieg aufzunehmen. Seit 2021 baue die Landesregierung zudem massiv das Studienplatzangebot aus; habe es bis dahin doch nur einen Standort an der TU Dortmund mit 40 Bachelorstudienplätzen gegeben. Nun spreche man über 140 Plätze und zwei neue Standorte in Paderborn und Wuppertal, davon 79 in Dortmund und jeweils 30 in Paderborn und Wuppertal. Heute gebe es weniger ein Angebots- als vielmehr ein Nachfrageproblem.

Frank Müller (SPD) weist darauf hin, zumindest im Ruhrgebiet würden eigentlich zugesagte Plätze für die praxisintegrierte Ausbildung zurückgenommen. Mit Blick auf ein OGS-Qualitätsgesetz frage er nach der Einordnung der Sozialassistentenkräfte.

MDgt'in Susanne Blasberg-Bense (MSB) betont, auch im Ruhrgebiet fehlten keine Schulplätze, sodass es sich vermutlich um Praktikumsplätze handele. Sie bittet darum, konkrete Fälle mitzuteilen, um ihnen nachgehen zu können. Mit Blick auf die Sozialassistentenkräfte weist sie auf den schon jetzt bestehenden Personalbedarf an der OGS hin. Weiteres Personal qualifiziere man also nicht nur mit Blick auf den Rechtsanspruch, der den Personalbedarf noch weiter steigern werde.

RSD'in Susanne Sistig (MSB) verweist auf regionale Unterschiede und unterschiedliche Anliegen. Gerade in den großen Städten des Ruhrgebiets verzeichne man in den letzten Jahren einen rasanten Ausbau der Plätze für die praxisintegrierte Ausbildung. Alle Bezirksregierungen meldeten in der Regel freie Plätze. Insofern spreche man über Einzelfragen und wolle abfragen, in welchen Städten es häufiger zu Engpässen komme. In den Kreisen etwa am Niederrhein gebe es das Problem, dass Klassen für 45 Studierende nur 20 Praktikumsplätze zur Verfügung stünden. Hierzu arbeite das MSB mit dem MKJFGFI, um das Matching mit den öffentlichen Trägern, den Jugendämtern, dem Landesjugendamt, den Berufskollegs, den Schulträgern, den freien Trägern und der Agentur für Arbeit zu verbessern.

9 Aktueller Sachstand Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1189

MDgt'in Susanne Blasberg-Bense (MSB) berichtet:

Das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein sehr wichtiges und zentrales für Schülerinnen und Schüler und deshalb auch für uns. Schulen dabei zu unterstützen, Wege zu finden, wie sie die Zukunftsfragen der Schülerinnen und Schüler beantworten können, ist auch uns ein wichtiges Anliegen.

Für uns ist aber auch gleichzeitig wichtig, dass, wenn sich Schulen diesem Thema widmen, sie das so tun, dass sich das alles im schulrechtlichen Rahmen bewegt. Sie wissen: Gerade bei Schule im Aufbruch und bei FREI DAY haben sich uns ein paar Fragen gestellt. Wir sind im Austausch mit den Bezirksregierungen, die sich ihrerseits wiederum natürlich mit den Schulen darüber austauschen, zu einem Beratungsergebnis gekommen, das es ermöglicht, dass Schulen dieses Konzept einführen und umsetzen, aber immer unter Beachtung bestimmter Grundsätze.

Es ist zielführend, im weiteren Verlauf über die Bezirksregierungen mit den Schulen im Gespräch zu bleiben, damit gewährleistet ist, dass Fachunterricht im vorgeschriebenen Umfang stattfindet. Natürlich kann man das projekthaft umsetzen, aber es muss immer gewährleistet sein, dass, was von der Studentafel auch abschlussbezogen vorgegeben wird, nachgewiesenerweise in anderen Formen von Unterricht auch stattfindet. Das heißt, es kann nicht sein, dass die Studentafel nicht erfüllt wird, indem ich Projekte mache.

Es muss auch gewährleistet sein, dass in diesen Projekten kein beurteilungs- und bewertungsfreier Raum entsteht. Es muss klar sein, dass Schülerinnen und Schüler Leistungen erbringen können, dass Lehrerinnen und Lehrer das begleiten und dass am Ende auch bewertet wird, was Schülerinnen und Schüler in diesem Zusammenhang leisten.

Es muss klar sein – das ist der dritte Grundsatz, den wir mit den Bezirksregierungen vereinbart haben –, dass die schulischen Mitwirkungsgremien, wenn ich den FREI DAY einführe, zugestimmt haben und dass sozusagen nicht nur eine Gruppe in der Schule das beschließt, sondern alle Mitwirkungsgremien müssen mitgenommen werden. Im Idealfall gibt es einen Schulkonferenzbeschluss, der das dokumentiert. – Das wären die Prinzipien, die uns wichtig sind. Darüber sind wir im Austausch mit den Bezirksregierungen und auch gerne wieder mit Schule im Aufbruch.

Dilek Engin (SPD) moniert, zum einen begrüße das Schulministerium zwar Angebote für das fächerübergreifende Lernen, blockiere aber offenbar Initiativen wie FREI DAY. Sie möchte wissen, was die Landesregierung denn noch mit Aufbruch für Schule klären müsse, zumal die Initiative vom Bundesministerium für Bildung und Forschung

einen Preis erhalten habe. Insofern verstehe sie nicht, warum es noch immer keinen Handlungserlass wie in anderen Bundesländern gebe.

MDgt'in Susanne Blasberg-Bense (MSB) widerspricht, auch andere Bundesländer seien noch nicht weiter als Nordrhein-Westfalen, wo es eine Leitlinie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie das große Landesprogramm Schule der Zukunft gebe, an dem sich etwa 10 % der Schulen beteiligten, sowie viele weitere Projekte. Tatsächlich habe die Landesregierung mit der Schulaufsicht einen Weg gefunden, wie Schulen den FREI DAY rechtskonform umsetzen könnten. Wenn die im Bericht erwähnten Prinzipien eingehalten würden, stehe der Umsetzung nichts mehr im Wege. Die Kommunikation mit den Schulen finde über die Schulaufsicht statt.

Kirsten Stich (SPD) bittet um Bestätigung, dass Schule im Aufbruch in Zukunft dann nicht mehr von Fortbildungen ausgeschlossen werde, sondern die Landesregierung die Bezirksregierungen über die Zulässigkeit informiere. Die Kinder müssten selbst Erfahrungen machen und Resilienz entwickeln.

MDgt'in Susanne Blasberg-Bense (MSB) bestätigt die Möglichkeit und die entsprechende Information der Bezirksregierungen, sodass die Schulaufsicht entsprechend agieren werde.

Andrea Busche (SPD) gibt zu bedenken, es dürfte schwer sein, die Projekte konkreten Fächern zuzuordnen, worunter der Projektcharakter und das kompetenzorientierte Lernen nicht leiden dürften.

MDgt'in Susanne Blasberg-Bense (MSB) erläutert, es gehe um sehr unterschiedliche Fächer. Nach ihrer Ansicht könne eine Schule bei ernsthaften Projekten sehr gut nachweisen, dass bestimmte Unterrichtsinhalte der Fächer mit einem bestimmten zeitlichen Umfang einfließen. Konkrete Einzelbeispiele könne das Schulministerium nicht vorgeben, um das Schülerinteresse und die Freiheit der Schulen nicht zu begrenzen.

Ministerin Dorothee Feller (MSB) unterstreicht, ihr Haus habe eine Lösung gefunden, um Schule im Aufbruch zu ermöglichen. Dabei müssten die schulischen Vorgaben erfüllt werden, wofür die Bezirksregierungen die Schule nun sensibilisierten. Auch ein konkreter Projekttag etwa zur Gestaltung eines Schulhofs werde im Unterricht vorbereitet, was eine Benotung ermögliche.

Frank Müller (SPD) berichtet von Bedenken mancher Schulleitungen mit Blick auf die APO-GOST und die Stundenmindestanforderung in der Oberstufe, solche Unterrichtskonzepte umzusetzen, sodass möglicherweise diese Regelungen angepasst werden müssten. Die Schulen hätten wenigstens vor Problemen im Zusammenhang mit Abschlussprüfungen gewarnt, sodass es auch um die Rechtssicherheit gehe.

Ministerin Dorothee Feller (MSB) betont, gerade deshalb sei ihrem Haus daran gelegen gewesen, entsprechende Regularien zu finden, auf die sich die Schülerinnen und Schüler sowie die Schulen verlassen könnten. Die Oberstufe befinde sich sowieso in einem Reformprozess, sodass man Änderungen gut aufnehmen könnte. Ihrem Haus sei daran gelegen gewesen, für Schule im Aufbruch eine möglichst zeitnahe Lösung zu finden. Über andere Unterrichtsformate usw. müsste man hingegen grundsätzlich diskutieren.

10 Lehrkräftearbeitszeitmodell der Telekom-Stiftung *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1253 (Neudruck)

Carlo Clemens (AfD) fragt nach der Resonanz der im Bericht erwähnten Schulen, daraus folgenden Konsequenzen, der Ausgestaltung der länderübergreifenden Arbeitsgruppe sowie nach der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse.

MDgt Oliver Bals (MSB) berichtet, an der länderübergreifenden Arbeitsgruppe, die bislang erst zweimal getagt habe, sei Nordrhein-Westfalen selbstverständlich beteiligt, sodass man den Prozess abwarten müsse. Die Erprobung sei nicht sehr erfolgreich verlaufen, denn von 2009 bis 2016 hätten sich bis auf eine in Ahaus alle teilnehmenden Schulen aus dem Schulversuch verabschiedet; müsse das Jahresarbeitszeitmodell doch stellenneutral sein, was durchaus zur Nichtauskömmlichkeit führen könne.

11 Sachstand Prävention von Messerattacken an Schulen (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 7]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1262

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen unter den Obleuten zu besprechen.

14 Sachstand Studienplätze Grundschullehramt für die Region Aachen (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 8]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1259

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

15 KI-Algorithmen im Informatikunterricht (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 9]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1254

Franziska Müller-Rech (FDP) beantragt eine Anhörung.

Florian Braun (CDU) führt aus, er halte Anhörungen zu Anträgen und Gesetzentwürfen für zielführender, weil die Sachverständigen dann wesentlich konkreter Stellung nehmen könnten.

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen unter den Obleuten zu besprechen.

16 Berücksichtigung von Overheadkosten in OGS (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1260

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

17 Wie geht es mit dem EDV-Führerschein weiter? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 11])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1255

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

18 **„Demokratie für mich“ – Welche Möglichkeiten zur Fortführung gibt es?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 12])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1258

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

19 Verfahrensstand zur Reform der Lehrkräftefortbildung NRW *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

20 Aufholen nach Corona – Rückzahlungen aus dem Bund-Länder-Programm
(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1329

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

21 Weiterentwicklung der Prüfungskultur in der digitalen Zeit an Schulen in NRW *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 13])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1330

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

22 Umsetzung von Schutzkonzepten an Schulen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 14]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1327

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

23 MINT-Nachwuchsbarometer 2023 (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 15]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1325

– keine Wortbeiträge

24 Befragung „Schule im Brennpunkt 2023“ (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 16]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1328

– keine Wortbeiträge

25 „Tutoring for all“ – analog-digitale Tutor-Programme zur Leseförderung (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 17]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1326

– keine Wortbeiträge

**26 Erschütternde Ergebnisse der IGLU-Studie und des IQB-Bildungstrends –
Wo bleibt ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Basiskompetenzen un-
serer Schülerinnen und Schüler? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1285

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute
nicht zu beraten.

27 Digitale Endgeräte für Lehrkräfte – Was wurde aus der Ausstattungsoffensive? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage18])*

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

28 Vorstellung Homepage Lehren und Lernen in der digitalen Welt *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)***MR'in Dr. Tanja Reinlein (MSB)** berichtet:

Ich würde Sie gerne darüber informieren, dass wir ab der nächsten Woche eine weitere Webpräsenz für das Lehren und Lernen in der digitalen Welt anbieten werden. Die Webpräsenz wird die Dinge, die die Schulen nutzen können, um eine Digitalisierungsbezogene Schul- und Unterrichtsentwicklung voranzutreiben, gebündelt zur Verfügung stellen. Wir gehen von der Prämisse aus, dass die Digitalisierung unserer Schulen zuvorderst eine didaktisch pädagogische Aufgabe ist und die Schulen sich vor Ort dieser Aufgabe ja auch bisher schon gestellt haben und auch weiter stellen. Wir wissen genau, dass die Lehrkräfte die Unterstützung bei der Bewältigung dieser Aufgabe auch benötigen.

Wir werden mit diesem neuen Onlineangebot alle Unterstützungsangebote gebündelt zur Verfügung stellen. Das sind sowohl konkrete Arbeitshilfen für den Unterricht als auch alle Bezugsdokumente, die auffindbar sind, und werden auch die nicht ganz unkomplexe Struktur der Unterstützungssysteme darstellen wie zum Beispiel Dezernentinnen- und Dezernentenbildung in der digitalen Welt, die Medienberatern und die Digitalisierungsbeauftragten.

Die Entwicklungsbereiche kennen Sie schon aus dem Impulspapier 2. Hinter diesen vier Entwicklungsbereichen finden Sie Impulse. Im Entwicklungsbereich Persönlichkeitsentwicklung sehen wir die Impulse aufgeblättert. Hinter diesen Impulsen, die aus dem Impulspapier 2 stammen, finden wir Arbeitshilfen. Wir könnten dort Impuls „Berücksichtigung und Förderung der Lernmotivation“ sehen. Wenn sie sagen „Das ist unser Entwicklungsbereich, den wir im Moment digitalisierungsbezogen besonders in den Mittelpunkt stellen“, finden sie dort Arbeitshilfen, die sie noch weiter eingrenzen können.

Sie sehen jetzt hier, dass diese Arbeitshilfen aufgeführt werden. Wenn Sie auf die Arbeitshilfen gehen, werden Sie auch noch mal darüber informiert, wofür genau diese Arbeitshilfen sind. Wir könnten jetzt einmal auf die Medienbox NRW gehen und sehen dort mit dem Mehrwertkasten sehr schnell: Wofür ist denn dieses Angebot überhaupt zu nutzen? Für welche Jahrgangsstufe ist das? Mit welcher Zielrichtung kann man es nutzen?

Bei den Arbeitshilfen kann man mit einer Schlagwortsuche auch eingeben „Ich suche Materialien oder Arbeitshilfen für den Deutschunterricht oder für die Primarstufe“ und bekommt die Dinge, die das Land zur Verfügung stellt. Ich habe eben gesagt: Die Unterstützungsstrukturen sind die, die dem Land schon bekannt sind, die wir zur Verfügung stellen, also Dezernentenbildung in der digitalen Welt, Medienberatende, Digitalisierungsbeauftragte, aber auch die Medienberatung NRW und die QUA-LiS, regionale Bildungsnetzwerke, also im Grunde die breite Palette derjenigen, die die Schulen unterstützen können und von denen die Schulen vielleicht nicht immer so ganz genau wissen, was die eigentlich leisten können. Jetzt haben

wir es an einem Ort und können damit tatsächlich einfach auch das Bild ein bisschen klarer machen, wer wofür zuständig ist.

Die Seite wird ab der nächsten Woche online geschaltet werden. Wir laden Sie herzlich ein zu stöbern. Die Seite wird weiter anwachsen. Wir haben zum Beispiel bei den Arbeitshilfen im Moment ungefähr 115 Angebote. Das soll natürlich weiter wachsen, sodass es sich lohnt, die Seite auch mehrmals zu besuchen.

29 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Florian Braun
Vorsitzender

18 Anlagen

17.07.2023/19.07.2023

**Franziska Müller-Rech MdL**
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Franziska Müller-Rech MdL • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4435

E-Mail: franziska.mueller-
rech@landtag.nrw.de

- per E-Mail -

Düsseldorf, 04.06.2023

Bitte um Beantwortung einer dringlichen Frage in der Sitzung des ASB am 07.06.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der WDR berichtete am 04.06.2023 über IT-Schwachstellen bei der Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule (QUA-LiS). Darin wird dargelegt, dass die QUA-LiS das übergeordnete Ministerium für Schule und Bildung bereits im September schriftlich über massive IT-Probleme in Kenntnis gesetzt habe – unter anderem darüber, dass es *„dringend erforderlich“* sei, *„das dynamisch gewachsene Internet-Angebot der QUA-LiS in ein rechtskonformes, technische sicheres und zukunftsfähiges, den Anforderungen an Datensicherheit und Barrierefreiheit genügendes sowie zielgruppengerechtes Angebot zu transferieren.“*¹

Schulministerin Feller hatte unter anderem in der Fragestunde am 03. Mai 2023 im Plenum des Landtags jedoch behauptet, von den IT-Problemen bei der QUA-LiS erst *„vor knapp zwei Wochen erstmals Informationen darüber erhalten“* zu haben.

Diese Aussagen stehen im Widerspruch zueinander. Es steht der Verdacht im Raum, dass Ministerin Feller die Fragen des Parlaments nicht wahrheitsgemäß beantwortet hat.

¹ Vgl. Bericht des WDR: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/datenleck-info-schulministerium-100.html>

Ich bitte daher um Beantwortung einer dringlichen Frage nach § 59 Geschäftsordnung des Landtags NRW in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 07. Juni 2023:

Wie hat das Schulministerium auf den vom WDR zitierten schriftlichen „Hilferuf“ der QUA-LiS im September 2022 reagiert?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Franziska Müller-Rech'. The signature is fluid and cursive, with the first name 'Franziska' being the most legible part.

Franziska Müller-Rech MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Dilek Engin MdL
Schulpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2686
dilek.engin@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

-per E-Mail-

04. Juni 2023

Thema: IT-Schwachstelle bei der QUA-LiS NRW – ein 'neues Problem' oder doch viel zu spät reagiert?

Anmeldung einer Aktuellen Viertelstunde für die Ausschusssitzung am 7. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 7. Juni 2023 beantrage ich für die SPD-Fraktion eine Aktuelle Viertelstunde mit dem Titel „IT-Schwachstelle bei der QUA-LiS NRW – ein 'neues Problem' oder doch viel zu spät reagiert?“.

Wie das Magazin Westpol am 4. Juni 2023 berichtete, soll der Leiter der Qualitäts- und Unterstützungsagentur - Landesinstitut für Schule (QUA-LiS NRW) das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) bereits im September 2022 mit einem Schreiben über Schwachstellen im Webauftritt seines Instituts informiert und um Unterstützung durch die Dienst- und Fachaufsicht gebeten haben. Im April 2023 kam es dann im Zuge der Abiturprüfungen zu erheblichen Datenlecks, die bundesweit Aufsehen erregt haben.

Mit einer Pressemitteilung vom 24. April 2023 gab das MSB bekannt, dass auf einem Server der QUA-LiS NRW eine IT-Schwachstelle entdeckt wurde, die schließlich Anfang Mai dazu führte, dass der Server abgeschaltet werden musste. In verschiedenen Ausschuss- und Plenarsitzungen sowie öffentlichen Verlautbarungen hat die zuständige Schulministerin Dorothee Feller immer wieder den Eindruck erweckt, als sei das Problem kurzfristig entstanden und durch die Reaktion schnell behoben worden. Die Schulministerin hatte im Landtag mehrfach erklärt, erst jetzt von dieser Schwachstelle erfahren zu haben. „Wir

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



haben vor knapp zwei Wochen erstmals Informationen darüber erhalten“; sagte sie am 3. Mai 2023 in der Fragestunde des Plenums. Diese Aussagen stehen jedoch im großen Widerspruch zu der Warnung, die es bereits mehr als ein halbes Jahr vorher durch die QUA-LiS NRW gegenüber dem MSB gegeben haben soll.

Vor dem Hintergrund dieser neuen Sachlage und aufgrund des dringendem öffentlichen und parlamentarischen Interesses muss sich der Ausschuss für Schule und Bildung im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde am 7. Juni 2023 mit diesem Thema befassen.

Mit freundlichen Grüßen

Dilek Engin MdL
Sprecherin für den Arbeitskreis Schule und Bildung



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Dilek Engin MdL
Schulpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2686
dilek.engin@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

-per E-Mail-

13. April 2023

Thema: COPSOQ I+COPSOQ II – alarmierende Ergebnisse bei der Erhebung der psychosozialen Belastungszustände der Lehrkräfte in NRW. Was tut die Landesregierung, um endlich wirksame Maßnahmen gegen die psychosoziale Überbelastung der Lehrkräfte einzuleiten?

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 26. April 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 26. April 2023 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „COPSOQ I+COPSOQ II – alarmierende Ergebnisse bei der Erhebung der psychosozialen Belastungszustände der Lehrkräfte in NRW“.

Die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung psychosozialer Belastungen als eine aus dem Arbeitsschutzgesetz abgeleitete Pflicht hat das Ziel, die Lehrkräfte bestmöglich vor Gefahren zu schützen und vorhandene Gefährdungen möglichst gering zu halten. Dabei fordert das Arbeitsschutzgesetz, Gefahren "an ihrer Quelle zu bekämpfen" (§ 4 Nr. 2 ArbSchG)¹. Die Ergebnisse der COPSOQ-II-Erhebung zeigen, dass die nach COPSOQ I abgeleiteten Maßnahmen - vornehmlich Verhaltenspräventionsmaßnahmen - nicht ausreichend sind. Besonders bei den strukturellen Anforderungen, gekennzeichnet durch die Items:

- emotionalen Anforderungen,

¹ Siehe hierzu: https://www.gesetze-im-internet.de/arbschg/_4.html



- quantitativen Anforderungen,
- Emotionen verbergen

besteht ein negativer Trend gegenüber der COPSQ-I-Erhebung. Die Belastungsfolgen, wie z. B. Burnout und die kognitiven Stresssymptome, sind deshalb gegenüber COPSQ I gestiegen². Aus diesen Gründen sind nun endlich Maßnahmen erforderlich, die die **Unterrichtsbedingungen** verbessern.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, in dem folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der COPSQ-II-Erhebung gegenüber der COPSQ I?
- Wie will die Landesregierung ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen und die psychosozialen Belastungszustände für Lehrkräfte senken?
- Wie schätzt die Landesregierung die Auswirkungen der eingeleiteten dienstrechtlichen Maßnahmen aus dem „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“ auf die psychosozialen Belastungen der Lehrkräfte in NRW ein? (Zum Beispiel die Einschränkung der voraussetzungslosen Teilzeit, Abordnung von Bestandslehrkräften schulform- und bezirksübergreifend, Erweiterung des wohnortnahen Einsatzes bei Rückkehr aus Beurlaubung oder Freistellung, das Hinausschieben des Antrags-ruhestands).

Die COPSQ II Befragung kann als erfolgte Wirksamkeitskontrolle der eingeleiteten Maßnahmen zu COPSQ I angesehen werden. Die Unterstützung des Systems Schule durch Verwaltungsassistent:innen, Sozialpädagog:innen usw. hat nicht im erhofften Maße gegriffen. Die bisherigen Maßnahmen waren damit nicht ausreichend oder zielgerichtet genug. Die Gründe sind offensichtlich: Es besteht eine Fokussierung auf Verhaltenspräventionsmaßnahmen der Lehrkräfte und die Gefahren werden nicht an ihrer Quelle bekämpft.

- Welche Verhältnismaßnahmen wird die Landesregierung mit dem Wissen, dass nur ein ausgewogener Mix von Verhaltens- und

² https://www.bra.nrw.de/system/files/media/document/file/copsoq_gesamtbericht_2022.pdf



Verhältnispräventionsmaßnahmen die Gefahren an der Quelle bekämpfen können, ergreifen?

Mit freundlichen Grüßen

Dilek Engin MdL
Sprecherin für den Arbeitskreis Schule und Bildung



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Dilek Engin MdL
Schulpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2686
dilek.engin@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

-per E-Mail-

13. April 2023

Thema: Schaffung von Ausbildungsplätzen für Sozial- und Erziehungsberufe

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 26. April 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 26. April 2023 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Schaffung von Ausbildungsplätzen für Sozial- und Erziehungsberufe“.

Der Fachkräftemangel in zahlreichen Berufsfeldern macht sich auch bei den Sozial- und Erziehungsberufen zunehmend bemerkbar. Daher ist es wichtig, dass möglichst viele neue Fachkräfte in Sozial- und Erziehungsbereichen ausgebildet werden. Begrüßenswert ist es daher auch, wenn Initiativen zur Gründung von entsprechenden Ausbildungskapazitäten wie etwa Fachschulen ergriffen werden, um zusätzliche Plätze bereitzustellen. Gleichzeitig ergeben sich hierbei Finanzierungsfragen und Fragen nach staatlichen Zuschüssen, etwa im Bereich der Ersatzschulfinanzierung, um Plätze beispielsweise im Bereich der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, in dem folgende Fragen beantwortet werden:

- In welchem Umfang erfolgt bislang eine Unterstützung des Landes für die Finanzierung von Fachschulen in den Bereichen Sozial- und Erziehungsberufe in NRW?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Welche rechtlichen Grundlagen bilden bislang den Rahmen für die Finanzierung von Fachschulen in den Bereichen Sozial- und Erziehungsberufe in NRW?
- Wie hat sich die Zahl der Schulplätze an Fachschulen in den Bereichen Sozial- und Erziehungsberufe in NRW mit Blick auf die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) in den vergangenen 10 Jahren entwickelt?
- Wie groß ist aus Sicht der Landesregierung der Bedarf an Fachplätzen in den Bereichen Sozial- und Erziehungsberufe in NRW in den kommenden Jahren, sowohl um den Status Quo zu halten als auch den tatsächlichen Bedarf in den kommenden 5 Jahren zu befriedigen?
- Wie können aus Sicht der Landesregierung zusätzliche Plätze für die Ausbildung von Menschen in der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) bzw. den Bereichen Sozial- und Erziehungsberufe in NRW ermöglicht werden?
- Welche Schritte will die Landesregierung ergreifen, um weitere Plätze für die Ausbildung in den Bereichen Sozial- und Erziehungsberufe in NRW zu erreichen?
- Welche Schritte zur Finanzierung von Fachschulen bzw. Ersatzschulen in den Bereichen Sozial- und Erziehungsberufe in NRW sind seitens der Landesregierung geplant?
- Welche finanziellen Mittel werden im Rahmen der Ersatzschulfinanzierung benötigt, um den tatsächlichen Bedarf an Schulplätzen in den Bereichen Sozial- und Erziehungsberufe für NRW zu erreichen?
- Welche Anknüpfungspunkte bestehen im Rahmen der Fachkräfteoffensive des Landes NRW, um Plätze für die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) etwa im Rahmen der Ersatzschulfinanzierung zu fördern?

Mit freundlichen Grüßen

Dilek Engin MdL
Sprecherin für den Arbeitskreis Schule und Bildung



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Dilek Engin MdL
Schulpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2686
dilek.engin@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

-per E-Mail-

17. April 2023

Thema: Aktueller Sachstand Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen

Bitte um einen mündlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 26. April 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 26. April 2023 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen mündlichen Berichtspunkt mit dem Titel „Aktueller Sachstand Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen“.

In der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 08. Februar 2023 wurde bereits auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion über die Umsetzung von BNE an den Schulen in NRW gesprochen. Im Rahmen dieses TOPs ging es unter anderem auch um den Standpunkt des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB) zum fächer- und projektübergreifenden Lernen sowie zu Projekttagen wie den FREI DAY.

Hierzu erklärte Ministerin Feller, dass das MSB mit der Initiative „Schule im Aufbruch“ bzgl. der Einhaltung der Kernlehrpläne im Rahmen des FREI DAY im Austausch stünde und man hier noch auf Rückmeldung der Initiative warten würde, um zu einer guten Lösung zu kommen. Ministerin Feller sagte zu, zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal im Ausschuss für Schule und Bildung zu den Ergebnissen dieser Gespräche zu berichten.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen mündlichen Bericht zum aktuellen Sachstand der Gespräche mit der Initiative „Schule im Aufbruch“ zum FREI DAY.

Mit freundlichen Grüßen

Dilek Engin MdL
Sprecherin für den Arbeitskreis Schule und Bildung



Carlo Clemens
Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Carlo Clemens • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

Herrn
Florian Braun
Vorsitzender des Ausschusses für
Schule und Bildung
- im Hause -

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 884-4519
E-Mail: Carlo.clemens
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 02.05.2023

Bitte um schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17.05.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantrage ich im Namen der AfD-Landtagsfraktion für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17.05.2023 einen schriftlichen Bericht zum Thema:

Lehrkräftearbeitszeitmodell der Telekom-Stiftung

Im Auftrag der Telekom-Stiftung entwickelte der frühere Berliner Bildungssenator Mark Rackles ein Arbeitszeitmodell¹ für Lehrkräfte, das vom bislang praktizierten Deputatsmodell abweicht. Dieses sei unzeitgemäß, da es Mehrarbeit abseits unterrichtsbezogener Pflichtstunden – z.B. Vor- und Nachbereitung, Organisation von Klassenfahrten oder Weiterbildungen – kaum berücksichtige. Dies führe zu unzähligen unbezahlten Überstunden und Überlastung. Außerdem sieht er einen Konfliktpunkt in der unzulänglichen Arbeitszeiterfassung vor dem Hintergrund der Reformpläne der Bundesregierung zum Arbeitszeitgesetz.

Ich bitte die Landesregierung um Stellungnahme mit Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Wie bewertet die Landesregierung die Handlungsempfehlungen besagter Expertise für ein neues Lehrkräftearbeitszeitmodell, insbesondere hinsichtlich der Faktoren Gesundheitsschutz, Arbeitsrecht, Pädagogik und Lehrkräftemangel?
- 2) Bestehen Überlegungen, Pilotversuche unter Beteiligung von Schulleitungen, Lehrkräften und Personalräten zur Erprobung neuer Lehrkräftearbeitszeitmodelle zu initiieren?

Mit freundlichen Grüßen

Carlo Clemens MdL

¹ Vgl. <https://www.telekom-stiftung.de/sites/default/files/files/Lehrkraeftearbeitszeit-Expertise.pdf>.

**Franziska Müller-Rech MdL**
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Franziska Müller-Rech MdL • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4435

E-Mail: franziska.mueller-
rech@landtag.nrw.de

- per E-Mail -

Düsseldorf, 04.05.2023

Berichts-anfrage: Sachstand Prävention von Messerattacken an Schulen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich bitte die Landesregierung um die Anfertigung eines schriftlichen Berichts zum oben genannten Thema zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023.

Seit der Tat in Ibbenbüren, bei der ein Schüler seine Lehrerin mit einem Messer tötete, ist die Aufmerksamkeit für die Thematik Messer und andere Waffen in Schulen wieder verstärkt in der Öffentlichkeit. Auch ganz aktuell hat es in Berlin Neukölln einen Messerangriff eines Mannes auf Schülerinnen gegeben.

Insbesondere unter jungen Menschen ist der Besitz und das Mitführen von Messern offenbar ein besorgniserregender Trend. Oftmals sind sich junge Menschen der Gefahr eines Messers nicht bewusst. Sie verwenden es als ein Symbol der Stärke und Männlichkeit. Eher selten ist das Mitführen eines Messer mit der Absicht verbunden, damit tatsächlich Schaden anzurichten. Doch genau das ist die Gefahr, wenn Streit und Konflikt eskalieren.¹

Während 2019 noch fast ein Drittel der Angegriffenen unverletzt blieb und in der Statistik keine Todesopfer genannt werden, starben im folgenden Jahr 37 Menschen bei Messerattacken, 338 wurden schwer verletzt. Im vergangenen Jahr starben 30 Menschen durch Messerangriffe.²

Es dürfte im Allgemeinen politischer Konsens der demokratischen Parteien darüber bestehen, dass Waffen, Messer und andere gefährliche Gegenstände an Schulen nichts zu suchen haben. Experten der Polizei sehen auch Vereine und Schulen in der Pflicht, die Gefahr von Messern gesamtgesellschaftlich zu verdeutlichen.

¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespoleitik/messerangriffe-waffenverbotszonen-100.html>

² Ebd.

Ich möchte daher wissen, wie Lehrkräfte bei der pädagogischen Arbeit mit Schülerinnen und Schülern konkret unterstützt werden, um Messer und andere gefährliche Gegenstände der Schule fernzuhalten.

Bitte berücksichtigen Sie in dem Bericht folgende Fragen:

1. Welche Möglichkeiten haben Schulen, gegen Messer und andere gefährliche Gegenstände in Schulen vorzugehen?
2. Welche Grenzen sind ihnen dabei gesetzt?
3. Welche Erfahrungen werden dem Ministerium für Schule und Bildung bei der Durchsetzung des Ausschlusses von Waffen und gefährlichen Gegenständen an Schulen gespiegelt?
4. Wie werden Lehrkräfte im Umgang mit mitgebrachten Messern geschult, insbesondere in Hinblick des Eigenschutzes?

Mit freundlichen Grüßen

Franziska Müller-Rech

**Franziska Müller-Rech MdL**
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Franziska Müller-Rech MdL • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4435

E-Mail: franziska.mueller-
rech@landtag.nrw.de

- per E-Mail -

Düsseldorf, 04.05.2023

Berichts-anfrage: Sachstand Studienplätze Grundschullehramt für die Region Aachen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich bitte die Landesregierung um die Anfertigung eines schriftlichen Berichts zum oben genannten Thema zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023.

Am 11.4.2023 antwortete das Ministerium auf eine Kleine Anfrage 1501 vom 9. März 2023 des Abgeordneten Dr. Werner Pfeil FDP Drucksache 18/3454 „Grundschullehrerausbildung in der Region Aachen – Wird es eine Dependence-Lösung geben?“ wie folgt:

„Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen, die Universität Siegen und die Bergische Universität Wuppertal loten aktuell in ersten gemeinsamen Gesprächen aus, unter welchen Bedingungen es gelingen kann, universitätsübergreifend ein gemeinsames Angebot für einen Studiengang zum Grundschullehramt am Standort Aachen auf den Weg zu bringen. Daher können weitergehende Fragen zur konkreten Ausgestaltung zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.“

In der Anhörung des Schul- und Wissenschaftsausschusses vom 07.03.2023 wurde von mehreren Sachverständigen gefordert, dass in der Region Aachen wieder eine Grundschullehrerausbildung ermöglicht werden muss. Die Sachverständigen wurden in der Anhörung im Düsseldorfer Landtag nach dem „Klebeffekt“ gefragt, dem Effekt das Studierende nach ihrem Studienabschluss in der Region des Studienorts verbleiben, und ob auf Grund dieses Effekts, Lehramtsstudienkapazitäten speziell in Regionen mit besonders hohem Lehrermangel ausgebaut werden sollten. Die Forderung der FDP-Landtagsfraktion, daher an der RWTH Aachen wieder einen Lehrstuhl für Grundschullehramt einzuführen, wurde von ihnen bejaht.

Die Fragen 1- 4 wurden in der Kleinen Anfrage gemeinsam beantwortet.

1. Mit welcher Partneruniversität wird die angedachte Dependance für das Grundschullehramtsstudium in der Region Aachen realisiert?
2. Ab wann wird eine Dependance-Lösung für das Grundschullehramt in der Region in Aachen bereitgestellt und in welchem Umfang von Lehramtsstudienplätzen?
3. Wenn eine Dependance-Lösung erfolgt, wie viel Personal wird von der Partneruniversität bereitgestellt, ihre Lehrtätigkeit am Standort Aachen auszuführen, um ein entsprechendes Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden zu gewährleisten?
4. Welche Kosten verursacht dies insgesamt bezogen auf Personal, Räume, Curriculum – Erstellung etc.)

Ich bitte um Berücksichtigung der folgenden Fragen für den Bericht:

1. Können die Fragen 1- 4 aus der kleinen Anfrage jetzt beantwortet werden?
2. Der Prorektor der RWTH Aachen, Herr Prof. Krieg, hat auf einer Veranstaltung der GEW Anfang April 2023 in Aachen mitgeteilt, dass es Unklarheiten bzgl. der Finanzierung und der Umsetzung in Hinblick auf Personal gebe. Wie ist hier ganz konkret der Sachstand?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung bzw. ergreifen die beiden Ministerien (Bildung und Wissenschaft) zur Unterstützung der Hochschulen bei dem gemeinsamen Projekt „Grundschullehrerausbildung in Aachen“?
4. Hat die Landesregierung einen eigenen Fahrplan in der Frage der Schaffung bzw. Wiedereinführung der „Grundschullehrerausbildung in der Region Aachen“?

Mit freundlichen Grüßen

Franziska Müller-Rech

**Franziska Müller-Rech MdL**
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Franziska Müller-Rech MdL • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4435

E-Mail: franziska.mueller-
rech@landtag.nrw.de

- per E-Mail -

Düsseldorf, 04.05.2023

Berichts-anfrage: KI-Algorithmen im Informatikunterricht

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich bitte die Landesregierung um die Anfertigung eines schriftlichen Berichts zum oben genannten Thema zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023.

In der vergangenen Legislaturperiode ist in NRW das Schulfach Informatik als Pflichtfach in Klasse 5/6 aller weiterführenden Schulen in NRW gestartet.

Der Informatikunterricht wurde in dem Zusammenhang außerdem um das Thema KI erweitert, um Schülerinnen und Schüler auf die sich verändernde Arbeitswelt vorzubereiten und ihre digitalen Kompetenzen zu fördern.

Ein Ergebnis einer Projektgruppe, die sich mit der Entwicklung von Lehr- und Lernmaterialien zum Thema KI für den Informatikunterricht beschäftigte, war die Lernplattform "AI-Campus", die Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler bei der Vermittlung und dem Erwerb von Grundlagenwissen im Bereich KI unterstützt.

Inzwischen hat das Thema KI sowie die Chancen und Risiken der Anwendung fächerübergreifend im Schulunterricht hohe Relevanz erlangt. Für ein tieferes Verständnis von KI sowie Kompetenz im Umgang damit muss der Schwerpunkt im Informatikunterricht auf dem Verständnis der Funktionsweise sowie dem Programmieren von Algorithmen liegen. Dies ist auch im Einklang mit Säule sechs des Medienkompetenzrahmens NRW. So können Schülerinnen und Schüler heute nicht nur zu kompetenten Anwenderinnen und Anwendern, sondern auch Entwicklern von KI ausgebildet werden.

Das Ministerium für Schule und Bildung hat in der vergangenen Legislaturperiode unter dem Motto „KI begreifen“ den Zugang der Schulen in NRW zur Fraunhofer-Programmierplattform »Open Roberta Lab« gefördert. Damit können Schülerinnen und Schüler Künstliche Neuronale Netze selbst programmieren und testen.

Bitte nehmen Sie in dem Bericht Stellung zu folgenden Fragen:

1. Setzt das Ministerium für Schule und Bildung die Förderung des oben genannten Projekts zu KI-Algorithmen im Informatikunterricht fort?
2. Welche sonstigen Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Förderung der Kompetenz von Schülerinnen und Schülern in Anwendung und Mitwirken an KI-Algorithmen?
3. Wie möchte die Landesregierung eine systematische algorithmische Bildung im Unterricht gewährleisten?
4. Wie möchte die Landesregierung ein flächendeckendes systematisches informatisches Fortbildungsprogramm für interessierte Lehrende an den Schulen umsetzen?

Mit freundlichen Grüßen

Franziska Müller-Rech



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Dilek Engin MdL
Schulpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2686
dilek.engin@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

-per E-Mail-

05. Mai 2023

Thema: Berücksichtigung von Overheadkosten in OGS

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Berücksichtigung von Overheadkosten in OGS“.

Mit Schreiben vom 07. Dezember 2022 hat das Ministerium für Schule und Bildung NRW den fünf Bezirksregierungen die Anpassungen zu Fördersätzen und Elternbeiträgen mit Bezug zu gebundenen und offenen Ganztagsgrundschulen sowie außerunterrichtlichen Ganztags- und Betreuungsangeboten im Primarbereich und in der Sekundarstufe I mitgeteilt. In der Folge hat die Bezirksregierung Düsseldorf mit Schreiben vom 20. Januar 2023 den öffentlichen Schulträgern in ihrem Regierungsbezirk Informationen zur Finanzierung von Ganztagsangeboten angereicht. Darin findet sich der Passus, dass außerhalb von Schule kein Overhead berechnet, sondern ausschließlich das pädagogische Personal für die interne Koordination als Overhead finanziert werden darf. Hierzu erreichten die SPD-Fraktion Zuschriften, dass als gGmbH verfasste Träger von OGS-Angeboten (im Unterschied zu ehrenamtlichen Eltern- oder Fördervereinen) so ihre Kosten für Koordination nicht darstellen können. Zu diesen Kosten gehören:

- Miete für die Verwaltungsräume
- Auswahl und Einstellung des Personals

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Überwachung der Einhaltung aller relevanten arbeitsrechtlichen, gesundheitlichen und Arbeitssicherheitsauflagen
- Organisation von Krankheits-, Urlaubs-, und Abwesenheitsvertretungen
- Organisation und Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- Organisation und Durchführung von Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel (eigene Fortbildungsakademie und Studiengang „Soziale Arbeit“)
- Überwachung der qualitativen und wirtschaftlichen Verwendung der eingesetzten Ressourcen
- (Mit-)Erstellung der Vertragsangelegenheiten zwischen Schulträger, Schule, Eltern und interaktiv gGmbH
- Erstellen von Verwendungsnachweisen und (Nach-)Bearbeitung mit den Städten/Kommunen)
- Konzeptentwicklung mit Schule (wenn von Schule gewünscht)
- Evaluation

Overheadkosten sind bisher weder klar definiert noch in der Höhe festgelegt, sodass Träger nach Abschluss eines Halbjahrs beim Verwendungsnachweis tatsächlich angefallene Kosten nicht erstattet bekommen. Dies wiegt umso schwerer, da Budgets für ein Halbjahr vorab zugewiesen werden und kein Übertrag ins Folgehalbjahr vorgenommen werden darf. Somit werden die Gesamtetats ausgegeben.

Ab dem kommenden Schuljahr ist eine Erhebung von Elternbeiträgen zur Betreuung von Schüler:innen durch außerschulische Träger nicht mehr möglich, sofern der Schulträger keine entsprechende Satzung erlässt. Dies wird aber durch eine große Anzahl an Städten und Kommunen nicht praktiziert. In der Folge werden bisher erfolgreich tätige Maßnahmenträger ihre Trägerschaft zurückgeben müssen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung folgende Fragen in einem schriftlichen Bericht zu beantworten:

1. Wie viele Schulen sind nach Kenntnis des Ministeriums voraussichtlich von einem Trägerwechsel aus den genannten Gründen betroffen?
2. Wie viele Schulträger werden nach Kenntnis des Ministeriums eine oben beschriebene Satzung erlassen bzw. erlassen müssen?
3. Welche Herausforderungen sieht das Ministerium in den Fällen, in denen ein Trägerwechsel erfolgen wird bzw. mit Blick auf die landesweite Situation?



4. Welche Maßnahme zur Lösung dieser Probleme hat das Ministerium ergriffen bzw. wird es noch ergreifen?
5. Welche Möglichkeit sieht das Ministerium für Maßnahmenträger in der Rechtsform „gemeinnützige GmbH“, um künftig den entstehenden Verwaltungsaufwand ausreichend erstattet zu bekommen?
6. Wäre zukünftig bei klarer Definition der abrechenbaren Overheadkosten eine Festschreibung solcher Pauschalen aus Sicht des Ministeriums hilfreich?
7. Wie bewertet das Ministerium den Vorschlag, eine solche Overhead-Pauschale auf mindestens 20% der Gesamtkosten festzulegen?
8. Plant die Landesregierung für diesen Bereich eine Richtlinie und falls ja, bis wann ist mit einer verbindlichen Regelung zu rechnen?
9. Bei der schulischen Betreuung im SEK-I-Bereich dürfen keine Sachmittel abgerechnet werden. Wie sollen Sachmittel künftig angeschafft und finanziert werden?

Mit freundlichen Grüßen

Dilek Engin MdL
Sprecherin für den Arbeitskreis Schule und Bildung



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Dilek Engin MdL
Schulpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2686
dilek.engin@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

-per E-Mail-

05. Mai 2023

Thema: Wie geht es mit dem EDV-Führerschein weiter?

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Wie geht es mit dem EDV-Führerschein weiter?“.

Der Medienkompetenzerwerb spielt in den Schulen eine immer größere Rolle. Auch der Umgang mit gängigen Computerprogrammen ist obligatorisch für die meisten Berufsstellen. Umso wichtiger ist es einen überprüfbaren Standard festzulegen. Dazu wurde an den Schulen der „staatlich geprüfte EDV-Führerschein“ eingeführt, damit Jugendliche eine Grundbildung nachweisen können.

Die rechtliche Grundlage für dieses Online-Angebot für Berufskollegs und Schulen der Sekundarstufe I in NRW ist ein Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung (BASS 13-33 Nr. 9/16-13 Nr. 5), der weiterhin fortbesteht. Das Teststudio als Prüfungsserver zum Staatlichen EDV-Führerschein NRW wurde gleichwohl zum 1. September 2022 endgültig abgeschaltet. Die Online-Prüfung kann seitdem lediglich noch offline durchgeführt werden, indem Prüfungsfragen auf Papier ausgedruckt und schriftlich beantwortet werden. Im Rahmen der Kleinen Anfrage 676 „Warum hat die Landesregierung das Online-Angebot EDV-Führerschein eingestellt?“ (Drucksache 18/1438) wurde diese Problematik erstmalig thematisiert. Die Antwort der Landesregierung (Drucksache 18/1883) wirft jedoch neue Fragen auf.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Vor diesem Hintergrund bitten wir um einen schriftlichen Bericht, in dem folgende Fragen beantwortet werden:

1. Welche genauen datenschutzrechtlichen Bedenken haben zu einem Abschalten des Servers geführt?
2. Wann genau sind die datenschutzrechtlichen Bedenken aufgetreten und wann wurde das MSB darüber erstmalig informiert?
3. Welche Schulen wurden über das neue Prüfungsverfahren informiert und zu welchem Zeitpunkt fand dies statt?
4. Zu welchen Datenverlusten ist es im Rahmen der Probleme mit der Rechtssicherheit der Informationstechnik am Rheinisch-Westfälischen Berufskolleg (RWB) Essen gekommen?
5. Gibt es noch weitere Übergangslösungen für die jetzigen 8./ 9. und 10. Klassen, die nicht den Informatikunterricht in der Unterstufe erhielten?
6. Wann hatte das MSB erstmals eine datenschutzrechtliche Prüfung beim RWB-Essen für erforderlich gehalten und wann wurde diese Prüfung durchgeführt?
7. Welche Lösungen wurde nach Analyse der Problematik von Sachverständigen vorgeschlagen und wie lief der Entscheidungsprozess für eine analoge Alternative ab?
8. Wie ist der aktuelle Sachstand hinsichtlich der Prüfung durch das MSB, inwieweit eine schulformübergreifende Aktualisierung des EDV-Führerscheins NRW vor dem Hintergrund des Medienkompetenzrahmens NRW zielführend ist?

Mit freundlichen Grüßen

Dilek Engin MdL

Sprecherin für den Arbeitskreis Schule und Bildung



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Dilek Engin MdL
Schulpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2686
dilek.engin@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

-per E-Mail-

05. Mai 2023

Thema: Einstellung des Bildungsprogramms „Demokratie für mich“ – Welche Möglichkeiten zur Fortführung gibt es?

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17.05.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Einstellung des Bildungsprogramms ‚Demokratie für mich‘ – Welche Möglichkeiten zur Fortführung gibt es?“.

Die Demokratie ist die zentrale Stütze unserer Gesellschaft. Deswegen ist es umso wichtiger, unseren Kindern frühzeitig ihre Grundlagen und ihre Bedeutung beizubringen. Das etablierte Programm „Demokratie für mich“ hat sich 2017 in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung zur Aufgabe gemacht geflüchteten und zugewanderten Menschen die Werte der Demokratie näher zu bringen. Seitdem wurde es in viele Berufskollegs implementiert und konnte so eine große Reichweite aufbauen.

Bis Herbst 2022 unterlag die Zuständigkeit für „Demokratie für mich“ der Landeszentrale für politische Bildung, bevor das Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) die Zuständigkeit vollständig übernahm. Im März 2023 gab das MKW dann die Einstellung der Finanzierung des Programms bekannt, sodass derzeit die Fortführung von „Demokratie für mich“ nach dem derzeit laufenden Schuljahr auf der Kippe steht.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Bereits jetzt haben 60 Berufskollegs signalisiert, dass sie das Programm auch im kommenden Schuljahr 2023/2024 fortführen möchten. Damit „Demokratie für mich“ auch im Schuljahr 2023/2024 an diesen Schulen durchgeführt werden kann, brauchen diese Schulen zeitnah Planungssicherheit, da die Vorbereitung und Materialentwicklung einige Zeit in Anspruch nimmt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, in dem folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand der Gespräche zwischen dem MKW und dem Ministerium für Schule und Bildung (MSB) hinsichtlich des Programms „Demokratie für mich“?
2. Prüft die Landesregierung derzeit alle Möglichkeiten zur Fortführung und Weiterfinanzierung des erfolgreichen Programms „Demokratie für mich“?
3. Welche Überlegungen bestehen seitens des Ministeriums für Schule und Bildung das Bildungsprogramm „Demokratie für mich“ unter dem eigenen Dach auch nach dem aktuellen Schuljahr fortzuführen?
4. Welche Überlegungen bestehen hinsichtlich einer kurzfristigen Übergangslösung?

Mit freundlichen Grüßen

Dilek Engin MdL
Sprecherin für den Arbeitskreis Schule und Bildung



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Dilek Engin MdL
Schulpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2686
dilek.engin@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

-per E-Mail-

05. Mai 2023

Thema: Weiterentwicklung der Prüfungskultur in der digitalen Zeit an Schulen in NRW

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Weiterentwicklung der Prüfungskultur in der digitalen Zeit an Schulen in NRW“.

Der technische Wandel macht auch nicht vor den Schulen halt. ChatGPT und OpenAI sind aktuelle Beispiele wie technische Neuerungen unser Bildungssystem auf den Prüfstand stellen. Nun ist es an der Zeit, dass auch die Schulen darauf reagieren. Neue Lerninhalte und neue Kompetenzen fordern neue Prüfungsformate, um das Gelernte abzufragen.

Die KMK hatte sich diesem Problem mit der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ angenähert.¹ Bereits 2021 stellte die KMK fest, dass die Bundesländer neue Lern- und Prüfungsformate entwickeln müssen, denn: „Die bisher in den Ländern definierten Prüfungsformate tragen den gesellschaftlichen, pädagogisch-didaktischen und fachlichen Veränderungen noch nicht in ausreichendem Maße Rechnung.“²

¹ https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2021/2021_12_09-Lehren-und-Lernen-Digi.pdf

² Ebd. S.13



Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, in dem folgende Fragen beantwortet werden:

1. Welche Maßnahmen entwickelt das MSB auf Grundlage der Empfehlung der KMK Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ ?
2. Plant das MSB weitere zusätzliche Maßnahmen? Falls ja, wie sehen diese aus?
3. Welche aktuellen Prüfungsmethoden können die qualifizierte Überprüfung digitaler Lerninhalte gewährleisten?
4. Inwiefern beziehen die aktuellen Prüfungsformate in NRW Kreativität, Kollaboration, kritisches Denken und Kommunikation mit ein?
5. Welche Prüfungsformate in NRW gibt es bereits, die die Fähigkeit zu kollaborativer Zusammenarbeit überprüfen? Welche Überlegungen bestehen hinsichtlich der Entwicklung neuer Prüfungsformate, die die Kompetenz der Kollaboration abfragen?
6. Welche Überlegungen bestehen seitens des MSB stärker metakognitive Fähigkeiten und Reflexionsleistungen in den Prüfungen einzubeziehen?
7. Welche Überlegungen bestehen seitens des MSB die Prüfungsformate in NRW um offenere Formate (z.B. eine bewertete Projektarbeit über mehrere Tage) zu erweitern?
8. Welche Überlegungen bestehen seitens des MSB Fachgrenzen zugunsten von übergeordneten ganzheitlichen Fragestellungen gemäß den Empfehlungen der KMK aufzubrechen?
9. Welche Zuständigkeit sieht das MSB bei sich für die Entwicklung neuer Prüfungsformate und durch welche Institution wird das Thema federführend koordiniert?
10. Existieren bereits Konzepte für die Einführung neuer Prüfungsformate an den Schulen in NRW? Falls ja, wann werden diese erstmals eingeführt?
11. Welche Hindernisse müssen in NRW für die Einführung neuer Prüfungsformate überwunden werden?

Mit freundlichen Grüßen

Dilek Engin MdL

Sprecherin für den Arbeitskreis Schule und Bildung



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Dilek Engin MdL
Schulpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2686
dilek.engin@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

-per E-Mail-

05. Mai 2023

Thema: Schutzkonzepte an Schulen in NRW

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 17. Mai 2023 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Umsetzung von Schutzkonzepten an Schulen“.

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist eine bedeutende gesellschaftliche Aufgabe. Gerade im Bildungssystem verbringen Kinder und Jugendliche sehr viel Zeit an ihrer jeweiligen Schule und haben hier vielfach einen wichtigen Teil ihres außerfamiliären sozialen Umfeldes. Daher liegt es auch in der Verantwortung des Staates, für den Schutz der Kinder und Jugendlichen zu sorgen, während sie sich an Schulen befinden. Einen wichtigen Beitrag sollen hierbei die seit dem 16. Schulrechtsänderungsgesetz im Gesetz geregelten Schutzkonzepte liefern, damit in den Schulen im Sinne der Kinder und Jugendlichen ein sicheres Umfeld gewährleistet wird und mögliche Gefährdungen schnellstmöglich erkannt werden können. Konkret heißt es im Gesetz:

„Die Sorge für das Wohl der Schülerinnen und Schüler erfordert es, jedem Anschein von Vernachlässigung oder Misshandlung nachzugehen. Die Schule entscheidet rechtzeitig über die Einbeziehung des Jugendamtes oder anderer Stellen. Jede Schule erstellt ein Schutzkonzept gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch. Es bedarf der Zustimmung der Schulkonferenz.“ (vgl. § 42 Abs. 6 SchulG NRW)

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Die entsprechende gesetzliche Grundlage ist vor mittlerweile rund einem Jahr in Kraft getreten. Zuletzt wurde seitens der Kultusministerkonferenz ein Leitfaden veröffentlicht, welcher bei der Entwicklung von Schutzkonzepten und Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt helfen soll¹. Darin enthalten sind verschiedene Hinweise und Anforderungen sowie Arbeitsschritte für die Erstellung von Schutzkonzepten. Auch werden darin umfangreiche Erläuterungen und Ratschläge zum Umgang anhand von Praxisbeispielen geliefert. Eine wichtige Rolle für den Schutz der Kinder und Jugendlichen kommt zudem den Kinderschutzfachkräften zu, welche für das Gelingen von großer Bedeutung sind.

Allerdings gibt es weiterhin Rückmeldungen aus den Schulen, dass noch immer viele Fragen offen sind. Vor diesem Hintergrund bitten wir um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung, welcher insbesondere folgende Fragen beantwortet:

1. Aufgrund welcher konkreten Vorgaben werden seit der Einführung der gesetzlichen Verpflichtung Schutzkonzepte an Schulen in Nordrhein-Westfalen erstellt?
2. Welche Aufsichtsbehörden werden an der Erstellung beteiligt bzw. müssen ihr Einverständnis geben?
3. Welche Hilfestellungen gibt es seitens des Landes, um bei der Erstellung von Schutzkonzepten zu unterstützen? Gibt es konkrete Anlauf- oder Beratungsstellen?
4. Welche Rolle spielen aus Sicht der Landesregierung Kinderschutzfachkräfte bei der Erstellung und Umsetzung von Schutzkonzepten an Schulen?
5. Wie und von wem wird die Aus- und Weiterbildung von Kinderschutzfachkräften organisiert und finanziert?
6. Welchen Stellenwert hat die im März 2023 veröffentlichte Broschüre (Leitfaden der KMK) bei der Erstellung von Schutzkonzepten an Schulen? Ist Sie verbindlich oder dient sie nur zur Orientierung?
7. Welche sonstigen Handreichungen, Leitfäden, Erstellungstipps oder Beratungsstellen liefern Unterstützung zu offenen Fragen bei der Erstellung von Schutzkonzepten?
8. Wie viele Schulen haben aufgeschlüsselt nach Schulformen bislang ein Schutzkonzept entwickelt?

¹Vgl. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/Broschuere_Leitfaden_KMK-16-03-2023.pdf



9. Welche Stellen innerhalb der Schulen sind für die Erstellung von Schutzkonzepten zuständig?
10. Wie groß ist der Zeitaufwand, den Schulen bzw. die zuständigen Beschäftigten an Schulen für die Erstellung von Schutzkonzepten aufbringen?
11. In welchem Umfang werden die zuständigen Beschäftigten an Schulen für die Erstellung von Schutzkonzepten freigestellt?
12. Welche zusätzlichen Ressourcen erhalten Schulen für die Entwicklung und Umsetzung von Schutzkonzepten?
13. Welche Formen des Qualitätsmanagements sind für Schutzkonzepte an Schulen vorgesehen? Sind diese verpflichtend?
14. Welche Hinweise, Verbesserungsvorschläge bzw. Kritikpunkte wurden aus den Schulen bislang bzgl. der Erstellung von Schutzkonzepten herangetragen?

Mit freundlichen Grüßen

Dilek Engin MdL

Sprecherin für den Arbeitskreis Schule und Bildung



Carlo Clemens
Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Carlo Clemens • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

Herrn
Florian Braun
Vorsitzender des Ausschusses für
Schule und Bildung
- im Hause -

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 884-4519
E-Mail: Carlo.clemens
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 09.05.2023

Bitte um schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 07.06.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantrage ich im Namen der AfD-Landtagsfraktion für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 07.06.2023 einen schriftlichen Bericht zum Thema:

MINT-Nachwuchsbarometer 2023

Jüngst veröffentlichte die Akademie der Technikwissenschaften (Acatech) in Zusammenarbeit mit der Joachim-Herz-Stiftung das diesjährige MINT-Nachwuchsbarometer 2023. Dort wird für die vergangenen zehn Jahre bundesweit eine erhebliche Verschlechterung mathematischer Schulleistungen von Viertklässlern festgestellt. 22 Prozent der Viertklässler würden nicht einmal die Mindeststandards in diesem Bereich erreichen – eine Verdoppelung des Wertes seit 2011. Es bestehen allerdings signifikante Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Außerdem wurden deutliche Leistungsunterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund sowie zwischen Jungen und Mädchen festgestellt.

Ich bitte die Landesregierung um Stellungnahme mit Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Wie bewertet die Landesregierung die Befunde des MINT-Nachwuchsbarometers 2023, insbesondere die festgestellten langfristigen Lernrückgänge in Mathematik bei Viertklässlern sowie die Unterschiede in Bezug auf Geschlecht und Migrationshintergrund?
- 2) Wie bewertet die Landesregierung die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung schulischer Leistungen im MINT-Bereich, insbesondere die Forderungen nach Erhöhung der wöchentlichen Mathematikstunden, verpflichtendem Informatikunterricht in der Sekundarstufe I, wissenschaftlich fundierten Lernausgangslagenuntersuchungen in Mathematik und Deutsch in der Grundschule und Lernferienkurse?
- 3) Wie bewertet die Landesregierung den empfohlenen Einsatz von Digital Game-Based Learning (DGBL) an Grundschulen?

Mit freundlichen Grüßen

Carlo Clemens MdL



Carlo Clemens
Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Carlo Clemens • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

Herrn
Florian Braun
Vorsitzender des Ausschusses für
Schule und Bildung
- im Hause -

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 884-4519
E-Mail: Carlo.clemens
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 12.05.2023

Bitte um schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 07.06.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantrage ich im Namen der AfD-Landtagsfraktion für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 07.06.2023 einen schriftlichen Bericht zum Thema:

Befragung „Schule im Brennpunkt 2023“

Das „impaktlab“ der Wübben-Stiftung Bildung veröffentlichte jüngst die Ergebnisse¹ einer systematischen, länder- und schulstufenübergreifenden Befragung von 149 Schulleitungen über die Situation in sogenannten Brennpunktschulen (darunter 120 Grundschulen), die durch einen hohen Anteil an sozioökonomisch benachteiligten Schülern bzw. durch einen hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund geprägt sind. 47 Prozent der befragten Schulleitungen stammen aus Nordrhein-Westfalen. Es wurden verschiedene Bereiche wie z.B. die Voraussetzungen der Schüler, schulische Ressourcen, die Situation des Elternhauses usw. beleuchtet.

Ich bitte die Landesregierung um Stellungnahme mit Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Befragung, insbesondere den Befund, dass die überwältigende Mehrheit der Befragten der Auffassung sei, dass sich die Lehrpläne (ca. 80 Prozent) als auch die gängigen Lehrwerke (ca. 70 Prozent) im Schwierigkeitsgrad, im Umfang sowie thematisch nicht für ihre Schüler eignen?
- 2) Wie bewertet die Landesregierung den Befund, dass über 70 Prozent der Befragten ihre räumliche und personelle Situation an den Schulen vor Ort als mangelhaft bewertet – insbesondere vor dem Hintergrund des kommenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule?
- 3) Wie erklärt sich die Landesregierung den Befund, dass an sog. Brennpunktschulen der Anteil an Lehrkräften ohne Lehramtsqualifikation überdurchschnittlich hoch sei?

Mit freundlichen Grüßen
Carlo Clemens MdL

¹ Vgl. https://www.wuebben-stiftung-bildung.org/wp-content/uploads/2023/05/WSB_Schulen_im_Brennpunkt_Web.pdf.



Carlo Clemens
Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Carlo Clemens • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

Herrn
Florian Braun
Vorsitzender des Ausschusses für
Schule und Bildung
- im Hause -

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 884-4519
E-Mail: Carlo.clemens
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 16.05.2023

Bitte um schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 07.06.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit beantrage ich im Namen der AfD-Landtagsfraktion für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 07.06.2023 einen schriftlichen Bericht zum Thema:

„Tutoring for all“ – analog-digitale Tutor-Programme zur Leseförderung

Die verheerenden Ergebnisse der jüngst veröffentlichten IGLU-Studie 2021, wonach bundesweit etwa ein Viertel aller Viertklässler bei basalen Lesefähigkeiten das Mindestniveau nicht erreichen, lassen Fragen aufkommen, wie der kontinuierliche bildungspolitische Abwärtstrend gestoppt werden kann. Im internationalen Vergleich landet Deutschland mittlerweile unter dem Durchschnitt der EU-Staaten.

In der Schule werde zu wenig gelesen, so ein Befund der Studie. Im Durchschnitt werden in Deutschland pro Woche 141 Minuten Unterrichtszeit für Leseunterricht oder Leseaktivitäten verwendet. EU-Weit kommen die vierten Klassen durchschnittlich auf 194 Minuten pro Woche. Mit Blick auf die OECD-Staaten sind es sogar 209 Minuten.¹

Im Rahmen des internationalen Vergleichs macht England bei den Leseleistungen signifikante Fortschritte. Dort konnte die Anzahl an Risikoschülern deutlich verringert werden. Die dortige Regierung hat im Zuge der Corona-Pandemie systematisch mit spielerischen Tutor-Programmen in betreuten Kleingruppen Leseförderung betrieben und Milliarden investiert. Lernfortschritte können transparent nachvollzogen werden. Das ursprüngliche Programm wurde in den USA entwickelt², einen Ableger eines solchen Tutoring-Tools gibt es auch in Deutschland.³ Dort konnten in einem Testlauf offenbar positive Ergebnisse bei einer Gruppe von Schülern erzielt werden.

Ich bitte die Landesregierung um Stellungnahme mit Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Wie bewertet die Landesregierung den analog-digitalen Ansatz des „tutoring for all“, insbesondere hinsichtlich dessen Wirksamkeit bei einer ganzheitlichen Leseförderung und der kontinuierlichen individuellen Diagnostik des Lernstands bei Schülern an Grundschulen?

¹ Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/bildung-lesen-iglustudie-100.html>.

² Vgl. <https://www.successforall.org/our-approach/targeted-programs/tutoring/>.

³ Vgl. <https://tutoringforall.de/>.

- 2) Wie bewertet die Landesregierung bildungspolitische Forderungen im Rahmen eines solchen Ansatzes, täglich 90 Minuten für die Vermittlung von Lesen und Schreiben im Stundenplan zu verankern?
- 3) Wird die Landesregierung die Adaption vergleichbarer Tutor-Programme für Nordrhein-Westfalen prüfen?
- 4) Wie hoch schätzt die Landesregierung den Kostenaufwand sowie den personellen Bedarf für die Adaption vergleichbarer Tutor-Programme in Nordrhein-Westfalen ein?

Mit freundlichen Grüßen

Carlo Clemens MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule und Bildung
Herrn Florian Braun MdL

Dilek Engin MdL
Schulpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2686
dilek.engin@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

-per E-Mail-

30. Mai 2023

Thema: Digitale Endgeräte für Lehrkräfte – Was wurde aus der Ausstattungsoffensive?

Bitte um einen mündlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 07.06.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 07. Juni 2023 beantrage ich für die SPD-Fraktion einen Berichtspunkt mit dem Titel „Digitale Endgeräte für Lehrkräfte – Was wurde aus der Ausstattungsoffensive?“

Im Jahr 2020 hat das Land Nordrhein-Westfalen einmalig den Schulträgern die Mittel für die Beschaffung von digitalen Endgeräten zur Verfügung gestellt. Diese Förderrichtlinie lief zum 31. Juli 2021 aus. Mittlerweile gibt es aber neues Schulpersonal und auch die alten Geräte zeigen Nutzungsdefekte auf. Doch für eine Neu- und Ersatzbeschaffung wurde bisher keine neue Finanzierungsgrundlage geschaffen. Dieser Umstand stellt die Schulträger nun vor massive Probleme, da die zeitgemäße Ausstattung der Lehrkräfte nicht finanziert werden kann.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen mündlichen Bericht, in dem sich an folgenden Leitfragen orientiert wird:

- Wie wird momentan die Ausstattung neuer Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten finanziert?
- Liegen dem MSB Hinweise darüber vor, dass Kommunen die Ausstattung der Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten nicht finanzieren können?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Wie stellt die Landesregierung sicher, dass alle Lehrkräfte mit den benötigten digitalen Endgeräten ausgestattet werden?

Mit freundlichen Grüßen

Dilek Engin MdL
Sprecherin für den Arbeitskreis Schule und Bildung